

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2023 07

DIGITALISIERUNG

Onlinebetrug richtet in
afrikanischen Ländern
großen Schaden an

LANDWIRTSCHAFT

Zukünftiger Kaffeeanbau
hängt von Artenvielfalt
und Klimaschutz ab

PERU

Wechsel an Staatsspitze
verschärft politisches
Klima weiter



Feministische Entwicklungspolitik

Editorial

- 3 **KATHARINA WILHELM OTIENO**
Entwicklungspolitisches Handeln ist grundsätzlich feministisch

Magazin

- 4 **ALPHONCE SHIUNDU**
Onlinebetrug schadet Afrikas junger Digitalwirtschaft
- 6 **SIMA LUIPERT, HENNING MELBER UND JEPHTA UAVAERA NGUHERIMO**
Nachkommen der Opfer kritisieren deutsch-namibische Erklärung zum Völkermord
- 8 **KIRA CROME**
Biodiversität ist für Kaffeeanbau von essenzieller Bedeutung
- 10 **ANITA MITTAL**
Datensysteme verknüpfen für bessere soziale Sicherung
- 12 **DERRICK SILIMINA / IMPRESSUM**
Heutzutage: Medikamentenmangel in Sambia

Debatte

- 13 **ROLI MAHAJAN**
Angesichts aktueller Hitzewellen ist politischer „Pragmatismus“ beim Klimaschutz gefährlich
- 14 **SAMIR ABI**
Afrikanische Forderungen nach Klimagerechtigkeit sind ungläubwürdig, solange Selbstkritik ausbleibt
- 15 **MIREILLE KANYANGE**
Maßnahmen gegen Überfischung am Tanganjikasee

- 16 **DANIEL CALLO-CONCHA UND ANTONIA BIHLMAYER**
Perus politische Krise verschärft sich

Schwerpunkt: Feministische Entwicklungspolitik

- 19 **SHORA AZARNOUSH**
Im Iran geht der Kampf gegen autoritäre Bekleidungs-vorschriften weiter
- 20 **SVENJA SCHULZE**
Wie Deutschlands feministische Entwicklungspolitik Frauen und Mädchen in Partnerländern unterstützt
- 22 **MARVA KHAN**
Im pakistanischen Justizsystem sind Frauen weiterhin benachteiligt – auch wenn es Fortschritte gibt
- 24 **MAHWISH GUL**
Hohe Geburtenraten und Unterdrückung von Frauen gehen Hand in Hand
- 26 **MARIAME RACINE SOW IM INTERVIEW MIT SABINE BALK**
Im Kampf gegen weibliche Genitalverstümmelung gilt es, auf kulturelle Gegebenheiten einzugehen
- 28 **FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN**
Männer müssen genderspezifische Ungleichheiten angehen
- 30 **VIRGINIA MERCADO**
Kampf gegen Machismo und Diskriminierung in Mexiko
- 32 **TINA ZINTL**
Blick auf die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft kann helfen, geschlechtersensible Politik zu fördern

SCHWERPUNKT

Feministische Entwicklungspolitik

Frauen sind nach wie vor strukturell benachteiligt. Ihre Stärkung durch Bildung, reproduktive Rechte und Chancengleichheit ist unerlässlich. Die gesamte Gesellschaft muss dabei Strukturen abbauen, die Männer begünstigen. Frauenrechte müssen Teil jeder Entwicklungsstrategie sein, denn Geschlechtergleichstellung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung aller nachhaltigen Entwicklungsziele.

Titelseite: Geschäft in einer informellen Siedlung Nairobis.
Foto: picture-alliance/photothek/Ute Grabowsky/photothek.net





 **Unser Schwerpunkt zum Thema Feministische Entwicklungspolitik beginnt auf Seite 18. Er hat direkten Bezug zum 5. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Geschlechtergerechtigkeit.**

Das ist offensichtlich schwieriger, wenn sie keine Beschäftigungsmöglichkeiten haben. Wenn Frauen in der Lage sind, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, bekommen sie tendenziell weniger Kinder. Dies ist eher in Ländern mit hohem Einkommen der Fall, wo Frauen bessere Möglichkeiten haben, ihr Leben zu planen.

Aus den oben genannten Gründen muss jede vernünftige Entwicklungsstrategie die Rechte der Frauen fördern. Entwicklungspolitisches Handeln ist grundsätzlich feministisch. Darüber hinaus muss klar sein, dass die Umsetzung einer feministischen Entwicklungspolitik eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Männer sind besonders gefordert. Die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen haben sie immer begünstigt. Männer sind für die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verantwortlich und haben deshalb auch eine besondere Verantwortung, sie abzubauen.

Nicht umsonst ist die Gleichstellung der Geschlechter Teil der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN (Sustainable Development Goals: SDGs). Die Verwirklichung aller anderen SDGs hängt von ihr ab.

Nachhaltige Entwicklung ist grundsätzlich feministisch

Globale Entwicklung ist ein komplexes, vielschichtiges Phänomen. Im Wesentlichen geht es dabei um das Wohlergehen aller Menschen. Mehr als die Hälfte dieser Menschen sind Frauen. Im Vergleich zu Männern sind Frauen jedoch vielerorts noch immer strukturell benachteiligt.

Freiheit ist entscheidend – und sie hängt von Befähigung ab. Jedes kleine Mädchen auf der ganzen Welt sollte eine Vielzahl an Vorbildern haben, die es ihm ermöglichen, von seiner Zukunft zu träumen. Jedes Mädchen im Teenageralter muss seinen Körper verstehen, seine reproduktiven Rechte kennen und vor Missbrauch geschützt sein. Jede junge Frau muss Karrierechancen haben. Sie muss auch das Recht haben, zu entscheiden, ob sie heiraten will, mit wem sie zusammen sein und ob sie diese Beziehung im Zweifelsfall beenden will.

Gleichzeitig brauchen Frauen gleichberechtigtes Mitspracherecht in öffentlichen Angelegenheiten. Sie müssen sowohl in Regierungen als auch in allen relevanten Behörden und Gerichten vertreten sein. Viel zu oft werden sie bei Friedensgesprächen übergangen, und ein Scheitern ist wahrscheinlicher, wenn dies geschieht. Sie sind zwar nur sehr selten Täter, werden aber allzu

oft zu Opfern – und das nicht nur im Krieg, sondern auch in ihrem privaten Umfeld. Wie wir in einem früheren Schwerpunktthema (siehe E+Z/D+C Digitale Monatsausgabe 2023/02) ausgeführt haben, sind weibliche Personen in allen Bildungssystemen noch immer häufig benachteiligt.

Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau kann viel über den Status der Frauen – und ihrer Familien – in Bezug auf Einkommen, Gesundheit und Bildung aussagen. Alle drei Aspekte sind entscheidende Indikatoren für den Entwicklungsstand eines Landes. Wenn Eltern befürchten, dass ihre Kinder aufgrund von Armut und Gesundheitsrisiken nicht überleben werden, werden sie mehr Kinder bekommen. Denn wo der Staat nicht für soziale Sicherheit sorgt, werden sie es sein, die im Alter für die Eltern sorgen müssen. Die Verwendung von Verhütungsmitteln setzt außerdem sowohl Wissen als auch Verfügbarkeit voraus, wobei Letztere wiederum die Qualität der Gesundheitsinfrastruktur widerspiegelt.

Darüber hinaus benötigen Frauen ein Mindestmaß an formaler Bildung, um zu verstehen, wie Familienplanung funktioniert, und um das Selbstvertrauen zu erlangen, ihre Zukunft frei zu gestalten.



KATHARINA WILHELM OTIENO
ist Redakteurin von E+Z/D+C.
euз.editor@dandc.eu

Marva Khan ist Assistenzprofessorin für Recht an der Lahore University of Management Sciences und Mitbegründerin des Pakistani Feminist Judgments Projects. In ihren Artikeln für E+Z/D+C hat sie sich unter anderem bereits mit digitalem Lernen, dem informellen Sektor und der Verfolgung sexueller Straftaten in Pakistan beschäftigt.



In dieser Ausgabe erklärt sie ab Seite 22, weshalb Frauen im pakistanischen Justizsystem trotz Fortschritten noch immer unterrepräsentiert sind.

► **Alle Schwerpunkttex-te erscheinen auch auf unserer Website www.dandc.eu, auf der Sie weitere Beiträge zum Thema finden werden.**



Ein Internetcafé in Kibera, einem Slum in Nairobi.

CYBERSICHERHEIT

Onlinebetrug hat in Afrika viele Gesichter

Digitaler Betrug stellt in Afrika eine große Herausforderung dar. Die Kosten für Individuen sowie für öffentliche und private Unternehmen steigen. Kriminelle haben es vor allem auf unwissende Menschen abgesehen, aber sie schaden auch dem aufstrebenden E-Commerce-Sektor. Die Afrikanische Union fordert daher, dass alle Regierungen den digitalen Bereich so regulieren, dass das Vertrauen der Menschen gestärkt wird.

Von Alphonse Shiundu

Lokale und internationale Verbrecher machen sich die zunehmende Internetnutzung, die Verbreitung sozialer Medien und die wachsende Zahl von Afrikaner*innen mit Smartphones zunutze.

40 Prozent der Menschen in Afrika haben Zugang zum Internet, schätzte im September 2022 die Internationale Fernmeldeunion (ITU). Die UN-Agentur sieht diese 560 Millionen Menschen durch Onlinebetrug, digitale Erpressung, Kompromittierung von Geschäfts-E-Mails, Ransomware und Botnets gefährdet.

Die internationale kriminalpolizeiliche Organisation Interpol teilt diese Be-

denken. Sie sieht Onlinedienste wegen wachsender Nachfrage und „mangelnder Cybersicherheitsmaßnahmen und -standards“ großen Risiken ausgesetzt.

Onlinebetrug beruht oft auf Täuschung. So sollen Opfer etwa für gefälschte Produkte bezahlen. Auf einem Kontinent, auf dem viele arme Menschen leben, ist das ein schwerwiegendes Verbrechen. Betrüger nutzen auch die Verzweiflung der Menschen. Sie geben sich als Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus oder fälschen Unternehmensseiten und werben mit nicht existierenden Jobangeboten. Von den Bewerber*innen fordern sie dann „Bewerbungsgebühren“.

Corona hat alles verschlimmert. Viele Menschen waren krank, die Gesundheitseinrichtungen überlastet – und Kriminelle nutzten das, um gefälschte Medikamente zu verkaufen. Mit der Arbeitslosigkeit nehmen auch gefälschte Visa-Programme für die USA, Kanada oder Europa zu. Antragsteller*innen sollen Gebühren für Arbeits- oder Studienvisa zahlen – doch kaum ist das Geld da, sind die Betrüger weg.

Ein weiteres Problem sind Phishingangriffe, bei denen Geräte und Datensys-

teme gehackt und Informationen von Einzelpersonen, Unternehmen oder Behörden gestohlen werden. So berichteten Medien im Mai, dass Hacker mit Verbindungen nach China das kenianische Außen- und Finanzministerium angegriffen hatten, als ein Regierungsmitarbeiter kompromittierende Dateien herunterlud. Darüber hinaus sollen sie sich in die Cyberinfrastruktur des kenianischen Geheimdienstes gehackt haben. Die Auswirkungen solcher Straftaten können verheerend für Ruf, Finanzen und die Sicherheit im Allgemeinen sein. Auch digitaler Identitätsdiebstahl und Diebstahl von Kredit- und Debitkarten kommt häufig vor.

In Kenia und Südafrika ist digitaler Finanzbetrug weit verbreitet. Meist geben Kriminelle vor, von Mobilfunkunternehmen aus anzurufen. Sie erfragen persönliche Daten und leeren – sobald sie Zugang haben – die Brieftaschen der Mobiltelefone und sogar Bankkonten, sofern diese mit der Telefonnummer verbunden sind.

Außerdem besteht in Kenia der Verdacht, dass unseriöse Angestellte von Mobilfunkunternehmen und Banken Geld von Kundenkonten abheben. In der Regel handelt es sich bei den Opfern um ältere Menschen, die mit elektronischen Transaktionen nicht vertraut sind. Aber auch junge Menschen sind betroffen. Zugleich bieten die in Afrika inzwischen populären Kryptowährungen Cyberkriminellen Chancen; zum Beispiel ermuntern sie Menschen dazu, in gefälschte Kryptowährungen zu investieren.

Digitale Erpressung hat viele Gesichter. Über gefälschte Dating-Profilen werden Menschen dazu gebracht, persönliche Daten preiszugeben und kompromittierende Fotos zu teilen, mit denen sie dann erpresst werden. Das trifft auch Prominente wie jüngst die nigerianische Musikerin Tiwa Savage oder Kenias ehemaligen Gouverneur John Lonyangapuo.

Auch die Kompromittierung von Geschäfts-E-Mails muss weiter ernst genommen werden. Cyberkriminelle hacken sich über E-Mail-Konten in Unternehmenssysteme ein und zweigen Zahlungen ab. Ihre Netzwerke und Botnetze werden immer ausgefeilter, klassische Spammails nutzen sie oft gar nicht mehr.

ERREICHEN DER SDGS GEFÄHRDET

Der weitverbreitete Onlinebetrug in Afrika schadet der jungen, vielversprechenden

E-Commerce-Branche des Kontinents und schürt Misstrauen gegenüber Onlinefirmen. Niemand möchte in gefälschten Onlineshops für etwas bezahlen, das es nicht gibt. Viele kaufen daher lieber in Läden ein und zahlen bar, um keinen digitalen Fußabdruck zu hinterlassen, der zum Einfallstor für Betrüger werden könnte.

In Afrika ist die Debatte über digitalen Betrug derzeit ein Wirrwarr aus vielen Fragen, die sich um Datensicherheit, Privatsphäre und die Verwaltung von Onlineplattformen drehen. Diese Diskussionen führen aber bisher vor allem einige wenige Technologiefreaks, Unternehmer*innen und oft auch ausländische Profiteure, die in den noch schlecht regulierten aufstrebenden digitalen afrikanischen Markt einsteigen wollen, um ihre Geschäfte auszuweiten.

Es ist offensichtlich, dass mehr geschehen muss. Auch die Afrikanische Union (AU) drängt auf verstärkte digitale Regulierung. In den letzten Jahren gab sie einige

wichtige Papiere heraus, darunter das AU Data Policy Framework, die Digital Education Strategy und die Convention on Cybersecurity and Personal Data Protection.

Die Strategie zur digitalen Transformation bis 2030 ist die wohl wichtigste Veröffentlichung. Sie betont die Bedeutung der Digitalisierung für die Entwicklung des Kontinents und das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (SDGs) und macht deutlich, dass mangelndes Vertrauen in digitale Technologien afrikanischen Ländern schwer schaden wird. Die Strategie erklärt, dass die AU-Mitglieder unbedingt angemessene Vorschriften brauchen, um das Vertrauen in die Digitalisierung zu erhalten, besonders bei Datenverwaltung und Onlineplattformen.

Dafür müssen die afrikanischen Regierungen auch offene Standards und grenzüberschreitende Interoperabilität anvisieren. Onlinebetrug geht gleichzeitig über die Grenzen Afrikas hinaus. Die strafrechtliche

Verfolgung von Cyberkriminellen erfordert internationale Zusammenarbeit über mehrere Gerichtsbarkeiten hinweg.

Die größeren Volkswirtschaften des Kontinents wie Kenia, Nigeria, Ghana und Südafrika haben Gesetze und Strategien zur Bekämpfung von Onlinebetrug eingeführt – meist geht es aber nur um Finanzbetrug.

Erschreckenderweise nutzt manche Regierung Cybergesetze auch, um Presse- und Meinungsfreiheit einzuschränken. In Kenia und Uganda stuften Gerichte einige derartige Klauseln als verfassungswidrig und illegal ein. Andere restriktive Klauseln bestehen jedoch fort und gefährden die freie Meinungsäußerung im digitalen öffentlichen Raum.



ALPHONCE SHIUNDU
ist ein kenianischer Journalist, Redakteur und Faktenchecker.
Twitter: @Shiundu

Schützen Sie sich im Internet

Während die afrikanischen Regierungen die Möglichkeiten der digitalen Wirtschaft ausbauen, müssen sie auch den Rechtsschutz für Internetuser verbessern. Aber auch die Nutzer*innen selbst sollten sich schützen, denn der digitale Betrug nimmt zu. Dementsprechend müssen private Unternehmen Maßnahmen ergreifen, um ihre Kunden abzusichern. Und schließlich sind die Medien in der Pflicht, die Menschen darüber zu informieren, wie sie sich schützen können.

Zu den wichtigsten Tipps zur Vorbeugung von Onlinebetrug gehört, sichere Passwörter festzulegen, sicherzustellen, dass die Software echt und aktualisiert ist, und darauf zu achten, was man online teilt. Es ist sinnvoll, eine Liste mit Informationen aufzustellen, die niemals weitergegeben werden dürfen, weder online

noch offline – also Passwörter, Bankdaten, persönliche Identifikationsnummern und Adressen.

Wichtige Sicherheitsmaßnahmen sind zudem:

- die Verwendung von Antivirenprogrammen,
- das Erkennen und Vermeiden verdächtiger Links,
- wann immer möglich, eine Multi-Faktor-Authentifizierung zu nutzen,
- die Kontoauszüge im Auge zu behalten und Bank- und Kreditkartentransaktionen auf verdächtige Aktivitäten zu überprüfen,
- sicheres Einkaufen mit vertrauenswürdigen Zahlungsmethoden für Online-Einkäufe,
- regelmäßige Aktualisierungen der Firmware, des Betriebssystems und der Software eines Geräts,
- regelmäßige Sicherungen der Daten,

- äußerste Vorsicht gegenüber Fremden auf Datingportalen,
- Vorsicht bei Online-Angeboten mit hoher Rendite und geringem Risiko,
- Begrenzung der Menge an persönlichen Informationen, die auf Social-Media-Plattformen veröffentlicht werden,
- sich zu informieren, andere aufzuklären, sichere Onlinepraktiken zu fördern und gleichzeitig dazu aufzurufen, verdächtige Aktivitäten zu melden.

All das gehört zum Grundwissen über digitale Sicher-

heit. Leider halten öffentliches Bewusstsein und formale Bildungssysteme nicht Schritt mit den sich immer schneller entwickelnden digitalen Innovationen und Möglichkeiten. Unternehmen und Regierungen müssen daher in Bildung investieren, aber auch in digitale Tools und Systeme zur Überwachung, Verhinderung und Erfassung von Onlinebetrug. In diesem Zusammenhang müssen viele Akteure zusammenspielen, damit Schuldige zur Rechenschaft gezogen werden und Cyberkriminalität gestoppt werden kann. AS



In einer Schule in Nairobi wird Wähler*innen gezeigt, wie sie auf einem Tablet ihre Wahl treffen können.

VÖLKERMORD AN DEN OVAHERERO UND NAMA

Verhöhnung von Aussöhnung und Gerechtigkeit

Die deutsch-namibische Erklärung zum Völkermord in der ehemaligen Kolonie Südwestafrika greift zu kurz. Sie erkennt weder die deutsche Schuld angemessen an, noch bezieht sie die Nachkommen der betroffenen Gemeinschaften direkt ein. Das Abkommen zementiert Machtungleichgewichte und verhindert echte Versöhnung.

Von Sima Luipert, Henning Melber und Jephtha Uavavaera Nguherimo

2015 gestand Deutschland halbherzig ein, in der kaiserlichen Kolonie Südwestafrika – dem heutigen Namibia – zwischen 1904 und 1908 Völkermord begangen zu haben. Rechtsgültige Folgen stritt die Bundesregierung ab.

– im Koalitionsvertrag der neuen deutschen Bundesregierung „Versöhnungsabkommen“ genannt. Diese Beschönigung wurde nach einer Kleinen Anfrage im Bundestag am 12. Oktober 2022 zurückgezogen.

Nach Protesten in Namibia durch die Zivilgesellschaft und von Oppositionsparteien wurde die Erklärung noch nicht wie geplant von den Außenminister*innen unterzeichnet und damit offiziell verabschiedet. Am 27. Oktober 2022 forderte der mit der Aufsicht betraute namibische Vizepräsident Nangolo Mbumba Nachbesserungen: Erhöhung des vereinbarten Betrags von 1,1 Milliarden Euro, die vollständige und uneingeschränkte Anerkennung des Völkermords, die Anerkennung von Reparationen

Nachkommen der vom Völkermord betroffenen ethnischen Gruppen – Ovaherero und Nama, aber auch der Damara und San – waren von den Gesprächen ausgeschlossen.

Am 9. November 2022 erklärte die Bundesregierung im Bundestag, es werde keine neuen Verhandlungen zur Erklärung geben. Zu einem Nachtrag, in dem einige Monita berücksichtigt werden könnten, sei sie jedoch bereit. Die Ergebnisse bleiben abzuwarten.

Die Gegner*innen des Abkommens waren nicht untätig. Im Januar 2023 reichten die Ovaherero Traditional Authority, die Nama Traditional Leaders Association und der Vorsitzende des Landless People's Movement (Namibias zweitgrößter Oppositionspartei) Klage beim Obergericht in Windhoek ein: Die Verhandlungen verstießen gegen die namibische Verfassung und eine 2006 vom Parlament verabschiedete Resolution, weil die Nachkommen der direkt Betroffenen nicht an den Verhandlungen beteiligt waren.

DEUTSCHLAND UND NAMIBIA VERLETZEN RECHTE

Während das Verfahren noch anhängig ist, unterstützten Sonderberichterstatter des UN-Menschenrechtsrats die Einwände in Schreiben an beide Regierungen am 23. Februar 2023. Die Verhandlungen verstießen gegen die UN-Erklärung zu den Rechten indigener Völker, die 2007 unter Zustimmung Deutschlands und Namibias angenommen wurde. Sie besagt, dass „indigene Völker das Recht haben, durch von ihnen selbst gewählte Vertreter*innen an der Entscheidungsfindung in Angelegenheiten teilzunehmen, die ihre Rechte betreffen“. Die Berichterstatter bemängelten ein unzureichendes Gedenken an die begangenen Verbrechen. Sie kritisierten zudem, dass die gemeinsame Erklärung den Völkermord nicht rechtlich anerkennt und keine Wiedergutmachung vorsieht.

Es ist wenig verwunderlich, dass die Regierungen Deutschlands und Namibias die Kritik zurückweisen und sich auf das intertemporale Prinzip berufen. Demnach gilt ein Gesetz nicht für Ereignisse, die vor seinem Inkrafttreten stattgefunden haben. Damit ignorieren sie entscheidende Perspektiven internationaler Rechtsnormen.

Die Erklärung gesteht den Völkermord mit der relativierenden Phrase „aus heuti-



Denkmal in Windhoek, Namibia.

Seither fanden bilaterale Verhandlungen hinter verschlossenen Türen statt. Am 21. Mai 2021 zeichneten beide Sonderbeauftragte eine gemeinsame Erklärung ab

und den Einbezug der Nachkommen der Opfer in der Diaspora.

Das größte Manko ließ er jedoch unerwähnt: Die wichtigsten Organisationen der

ger Sicht“ ein. Sie vermeidet damit, vollumfängliche Verantwortung zu übernehmen, und scheut deren Folgen. Die vom ehemaligen deutschen Außenminister Joschka Fischer vor rund 20 Jahren geprägte Doktrin der Entschuldigung ohne Entschädigung scheint weiterhin gültig.

So vermeidet die Erklärung auch das Wort „Wiedergutmachung“. Sie bestätigt die Zahlung von 1050 Millionen Euro über 30 Jahre als deutschen Zuschuss „für das Wiederaufbau- und Entwicklungshilfeprogramm zugunsten der Nachkommen besonders betroffener Gemeinschaften“ – ungefähr so viel, wie seit Namibias Unabhängigkeit als deutsche Entwicklungshilfe (ODA) für das Land bereitgestellt wurde. Weitere 50 Millionen sind für „Projekte zur Versöhnung, Erinnerung, Forschung und Bildung“ vorgesehen. Es ist die Aufgabe beider Regierungen, die Programme durchzuführen. Vereinbart ist, „dass mit diesen Beträgen alle finanziellen Aspekte [...] im

Zusammenhang mit der in dieser Gemeinsamen Erklärung angesprochenen Vergangenheit geregelt sind“.

Die Erklärung zementiert eine asymmetrische Machtstruktur, bei der die namibische Regierung der Juniorpartner ist. In dem Dokument heißt es: „Deutschland entschuldigt sich und verneigt sich vor den Nachkommen der Opfer [...] Die namibische Regierung und das namibische Volk nehmen die Entschuldigung Deutschlands an.“ Aber das Volk ist nie gefragt worden.

Für die Nachkommen gilt: Wenn die Erklärung nicht mit uns zustande kam, ist sie gegen uns. In ihrer jetzigen Form ist die Erklärung ein Verrat an der Gerechtigkeit und verschlimmert alles. Die Regierungen Deutschlands und Namibias sollten sich schämen. Verhandlungen müssen so wieder aufgenommen werden, dass die Nachkommen eine Stimme und echte Mitverantwortung erhalten – sonst kann es keine Versöhnung geben.



SIMA LUIPERT
ist Aktivistin im Ausschuss für Völkermord der Nama Traditional Leaders Association und Urenkelin

eines Überlebenden des Konzentrationslagers auf der Haifischinsel.

[simagoieman@gmail.com](mailto:simagoeieman@gmail.com)



HENNING MELBER
kam als Sohn deutscher Einwanderer nach Namibia und schloss sich 1974 der Befreiungsbewegung SWAPO an.

henning.melber@nai.uu.se



JEPHTA UAVAVERA NGUHERIMO
ist Autor und Gründer der OvaHerero People's Memorial and Reconstruction

Foundation (OPMRF).

jephtha@hotmail.com



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Liebe Leserinnen und Leser,
wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter **www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation**
Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website **www.dandc.eu** hin.

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**



Der Eingang zum Svalbard Global Seed Vault in der norwegischen Arktis. Hier befindet sich das Backup der Menschheit für viele Kultur- und Nutzpflanzen.

ARTENVIELFALT

Leere Tassen

Kaffee wird immer teurer. Das liegt auch an der Klimakrise. Wetterextreme bedrohen die Existenz vieler Kleinbauern und schwächen die Kaffeepflanzen und ihre Vielfalt.

Von Kira Crome

Allein in Deutschland werden durchschnittlich 168 Liter Kaffee im Jahr getrunken. Aber die Tasse Kaffee am Morgen wird zunehmend teurer. An den Rohstoffbörsen sind die Kaffee-Handelspreise zuletzt stark gestiegen. So hat der führende deutsche Kaffeeröster Tchibo Anfang des letzten Jahres zum zweiten Mal binnen neun Monaten seine Preise erhöht.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Klimakrise führt zu Missernten in den Anbaugebieten entlang des Kaffeegürtels auf der Südhalbkugel. Aber auch der Fokus auf nur zwei Kaffeessorten führt zu den Preisanstiegen. „Es gibt 124 Kaffeearten. Aber nur zwei – *Coffea arabica* und *Coffea canephora*,

besser bekannt als Robusta – machen zusammen 99 Prozent unserer Kaffeeernte aus“, sagt der Botaniker Aaron Davis von den Kew Royal Botanical Gardens in Sussex.

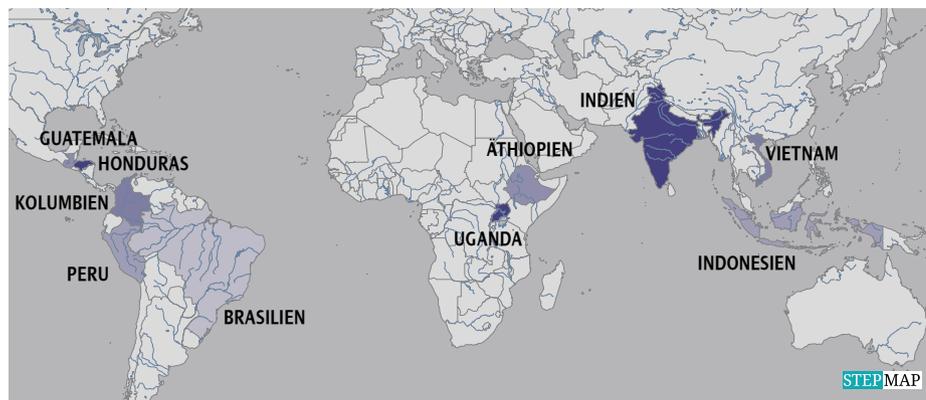
Während Robusta in niedrigeren, heißeren Lagen zurechtkommt und koffeinhaltigere Bohnen trägt, liefert Arabica geschmacklich feinere und mildere Kaffees. Arabica stellt mit rund 60 Prozent den Hauptanteil der weltweiten Kaffeeproduktion dar. Allerdings sind Arabica-Sträucher Extremwettern gegenüber sehr empfindlich: Zu hohe oder zu niedrige Temperaturen und zu viel Sonnenschein beeinträchtigen die Ernte und mindern den Geschmack.

Ändert sich das Klima, leiden die Erträge und die Qualität – und damit ist auch die Existenz vieler Menschen, die vom Kaffeeanbau leben, gefährdet. Zuletzt hatten Dürren gefolgt von Schnee und Kälte zu Missernten in Brasilien geführt, einem der größten Kaffeeproduzenten der Welt. Klimaforscher*innen untersuchen nun, ob

Kaffeepflanzen künftig überhaupt noch in den Regionen gedeihen können, in denen sie seit jeher angebaut werden.

Die Aussichten sind schlecht. „Bei einem moderaten Klimawandel könnte die Welt die Hälfte ihrer besten Kaffeeanbauflächen verlieren“, schreiben Forschende der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in einer jüngst veröffentlichten Studie. Im mildesten Erderwärmungsszenario werden allein in Brasilien die ergiebigsten Flächen bis zum Jahr 2050 um 76 Prozent zurückgehen, und im Südwesten Äthiopiens könnten laut einer ähnlichen Studie des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) in den nächsten Jahrzehnten knapp die Hälfte der Anbauflächen verloren gehen. Die meisten klassischen Anbaugebiete müssen wahrscheinlich verlagert werden, schätzen die Forschenden.

Das hat nicht nur für den Kaffeegenuss gravierende Folgen. „Wenn die Kaffeeregionen aufgrund der Klimakrise ihren Status verlieren, bedroht das die Lebensgrundlage der Kleinbauern“, sagt der Agrarökonom Christoph Gornott, Mitautor der PIK-Studie. Wären sie gezwungen, auf den Anbau weniger schmackhafter und eher bitterer Kaffeessorten umzusteigen, stünden sie mit indus-



Der „Kaffee Gürtel“.

triellen Anbausystemen in Konkurrenz, die in anderen Teilen der Welt effizienter sind.

DAS LETZTE RESERVOIR GENETISCHER VIELFALT

Der Erhalt der Biodiversität für den Kaffeeanbau wird bei gleichzeitig schrumpfenden Anbauflächen zum Wettlauf gegen die Zeit. Ob Missernten und die Verlagerung der Kaffeeplantagen in bislang untypische Regionen langfristig die Qualität verschlechtern werden, ist unklar. „Es braucht lokale Lösungen und Anpassungsmaßnahmen, die den Kleinbauern vor Ort das nötige Wissen und Werkzeug an die Hand geben, damit sie besseres Bodenmanagement lernen und nachhaltigen Anbau betreiben können“, sagt Stefan Ruge von der „Coffee and Climate“-Initiative der Kaffeewirtschaft.

Dabei kämpfen Kaffeebauern rund um den Kaffee Gürtel längst mit den Auswirkungen der Klimakrise. Ungewöhnlich hohe Temperaturen und viel Regen fördern den Blattrost-Befall der Kaffeepflanzen. Der Pilz legt sich auf die Blätter und „erstickt“ die Pflanzen, so dass sie immer weniger Blüten austreiben und kaum noch Früchte tragen. Auch andere Schädlinge wie der Kaffeebohrenkäfer setzen den Pflanzen zu.

Arabica-Kaffee steht schon lange als gefährdete Art auf der Roten Liste der International Union for Conservation of Nature. Und das liegt nicht allein an der Klimakrise. Die jahrzehntelange Nutzung von nur zwei Kaffeearten hat die pflanzengenetische Vielfalt im Anbau ausgelaut.

Aber Vielfalt ist gerade jetzt besonders nötig, denn sie beeinflusst, wie gut sich eine Nutzpflanze an wandelnde Umweltverhältnisse anpassen kann. Experten der

Universität Bonn schreiben in einer Studie zur wirtschaftlichen Situation des Kaffeeanbaus, dass die genetische Basis der weltweiten Kaffeeplantagen relativ klein ist, da die meisten kommerziellen Kaffeesorten nur von einigen wenigen Wildpflanzen aus den äthiopischen Wäldern abstammen.

Für die von der Klimakrise bedrohten Arabica-Arten wären die wilden Verwandten und alten Sorten unseres Kaffees ein pflanzengenetischer Booster: Kaffeebauern weltweit könnten Wildkaffeevielfalt einkreuzen, um Nachkommen zu züchten, die Klimaveränderungen und Schädlingen besser widerstehen. Das dafür nötige Reservoir geht allerdings in alarmierendem Maße verloren, warnt die Wissenschaft.

Kaffeewildrassen wachsen vor allem in den durch Landumwandlung und Raubbau dezimierten Naturwäldern im Hochland der Tropen. Allein in Äthiopien, der Wiege des Arabica-Kaffees, sind in den letzten drei Jahrzehnten 60 Prozent der Wälder verloren gegangen – auch, um Platz für neue Kaffeeanbauflächen zu machen.

Inzwischen sind mindestens 60 Prozent der wilden Kaffeearten gefährdet oder vom Aussterben bedroht. Reserven finden sich – ähnlich wie beim Weizen oder Mais – in Saatgutsammlungen. In diesen Depots wird das pflanzengenetische Material wilder Vorfahren und alter Sorten bei permanenter Kühlung in geschützter Weise aufbewahrt und für die Zukunft gesichert.

Allerdings lässt sich Kaffee – anders als viele Kulturpflanzen, die unsere Grundernährung sichern – nicht ohne weiteres als keimfähiges Saatgut einlagern. Die meisten Sammlungen sind deshalb Feldsammlungen: Kaffeesträucher, die eigens für den Erhalt und die Nutzung durch die Wissen-

schaft angepflanzt werden. Solche Sammlungen wie die Internationale Kaffeesammlung des Tropical Agricultural Research and Higher Education Center (CATIE) in Costa Rica sichern traditionelle Sorten und Wildarten. Sie zu pflegen und zu erhalten ist jedoch aufwändig und teuer.

Die Anbauländer im Kaffee Gürtel stoßen dabei an ihre finanziellen Grenzen. Ehsan Dulloo sagt, die Sammlungen seien weltweit unterfinanziert. Der Biologe leitete eine vom Global Crop Diversity Trust (Crop Trust) in Auftrag gegebene Begutachtung der bestehenden Kaffee-Datenbanken. Allein in Costa Rica drohen etwa 80 Prozent der dortigen Sammlung für die künftige Züchtungsforschung verloren zu gehen.

„Um die Kaffeerversorgung zukunftsicher zu machen, müssen wir als globale Gemeinschaft diese pflanzengenetischen Reserven in bestmöglichem Zustand erhalten und bewahren. Sie müssen für Züchter wie für Kaffeebauern weltweit leichter zugänglich werden. Dazu braucht es mehr finanzielle Mittel und vor allem mehr und besser geschultes Personal“, fordert Stefan Schmitz, Exekutivdirektor des Crop Trust. Die internationale Organisation mit Sitz in Bonn bewahrt genetische Vielfalt von Kulturpflanzen weltweit und finanziert wichtige Saatgutbanken. So unterhält der Crop Trust unter anderem zusammen mit der norwegischen Regierung und der Saatgutbank für die nordischen Länder (NordGen) den Saatgutspeicher Svalbard Global Seed Vault auf Spitzbergen und hat für den Kaffee eine mehrstufige Strategie entwickelt. 25 Millionen Dollar würde die weltweite Sicherung der pflanzengenetischen Vielfalt unseres Kaffees kosten. Das ist weniger als die Hälfte des Tagesumsatzes der Kaffeekette Starbucks.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Chemura, A., et al., 2021: Climate change and specialty coffee potential in Ethiopia. *Nature Scientific Reports*.

<https://www.nature.com/articles/s41598-021-87647-4>

Crop Trust:

<https://www.croptrust.org/>



KIRA CROME

ist freie Journalistin für Nachhaltigkeit und Klimaschutz.

crome@ecocontent.de



Soziale Sicherung schafft Zugang zu Gesundheitsleistungen. Klinik in Jaipur, Indien.

INTERNATIONALE STANDARDS

Bessere Datensysteme für bessere soziale Sicherung

Soziale Sicherungssysteme müssen Informationen mit anderen Bereichen austauschen können, damit Hilfsbedürftigen besser geholfen werden kann. Die globale Initiative DCI soll internationale Standards für eine solche Interoperabilität entwickeln.

Von Anita Mittal

Weltweit gaben die Länder durchschnittlich zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für soziale Sicherung im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie aus, wie die Weltbank berichtet (Weltbank 2021). Reiche Länder hatten dafür mehr Geld zur Verfügung als ärmere. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO – International Labour Organization) verweist seit Langem auf massive Lücken bei sozialer Sicherung (ILO, 2017). Rund zwei Drittel der Weltbevölkerung haben wenig oder keinen Zugang zu grundlegender Absicherung, etwa angemessener Kranken- oder Arbeitslosenversicherung.

Hinzu kommt, dass soziale Sicherungssysteme teils nicht gut mit anderen

Programmen oder staatlichen Datensystemen kommunizieren können. Solche mangelnde Harmonisierung beeinträchtigt die soziale Sicherung und kann dazu führen, dass öffentliche Mittel verschwendet werden.

Dagegen kann Interoperabilität helfen: die Fähigkeit der verschiedenen Komponenten eines Systems, effektiv und effizient zu kooperieren. Einzelne Datensysteme, Plattformen und Programme, die es ermöglichen, soziale Leistungen zu erbringen, sollten in der Lage sein, untereinander Informationen auszutauschen und sich zu koordinieren. So ermöglicht Interoperabilität, dass Leistungen ganzheitlicher und integrierter erbracht werden können – zugunsten der Leistungsempfänger*innen.

Zunehmend werden digitale Technologien und Informationssysteme eingesetzt, um Programme zur sozialen Sicherung zu verbessern. Sie können beispielsweise den nahtlosen Informationsaustausch zwischen verschiedenen Regierungsbehörden erleichtern, etwa dem Ministerium für Soziales und dem Gesundheitsministerium.

So können Regierungen Bedürftige gezielter ansprechen und Leistungen anbieten. Durch den Einsatz biometrischer Daten können sie die Identität der Personen überprüfen und sicherstellen, dass die Leistungen bei den Richtigen landen.

Bei Systemen der sozialen Sicherung gibt es meist folgende Interaktionen:

- zwischen verschiedenen programmspezifischen Informationssystemen,
- mit Basissystemen wie Personenstandsregistern, digitalen Identifizierungs- und Zahlungssystemen sowie
- mit Informationssystemen des jeweiligen fachlichen Sektors, etwa in den Bereichen Gesundheit und Bildung.

Für ein nahtloses Zusammenwirken dieser Systeme braucht es gemeinsame Standards und Protokolle. Manche Länder nutzen bereits Standards wie OpenHIE oder FHIR, um Gesundheitsdaten auszutauschen. Für den Bereich der sozialen Sicherung fehlen solche Standards aber.

DIE DIGITAL CONVERGENCE INITIATIVE

Um dieses Problem global anzugehen, wurde im September 2021 im Rahmen der USP 2030 (Global Partnership for Universal Social Protection to Achieve the Sustainable Development Goals) die Digital Convergence Initiative (DCI) ins Leben gerufen. Die DCI ist ein gemeinsames Projekt von USP-2030-Mitgliedern, Regierungen, Entwicklungspartnern, Zivilgesellschaft und Privatsektor. Ihr Ziel ist es, einen globalen Konsens zu schaffen über offene Standards für integrierte und interoperable Informationssysteme der sozialen Sicherung.

Dazu treffen sich wöchentlich Vertreter*innen von GIZ, Weltbank und ILO. Die DCI sieht vor, dass die offenen Standards:

- ein innovatives Umfeld fördern, in dem Tech-Anbieter interoperable Produkte entwickeln können,
- den Zeit- und Kostenaufwand für die Entwicklung interoperabler Lösungen verringern, besonders in ärmeren Ländern,
- Programmen ermöglichen, Komponenten verschiedener Anbieter miteinander zu kombinieren, um integrierte soziale Sicherungssysteme aufzubauen, und
- helfen, Systeme zu konzipieren, die auf künftige Anforderungen vorbereitet sind und dabei über den jetzigen Stand hinausgehen.

Die DCI geht bei der Entwicklung dieser Standards mehrgleisig vor. Erstens veranstaltet sie monatliche Webinare, in denen die Länder ihre Erfahrungen mit der Interoperabilität von sozialen Sicherungssystemen austauschen und über Herausforderungen sprechen können. Dieser Kreis kann auch die Entwicklung globaler Standards vorantreiben. Bislang haben zehn Länder ihre Erfahrungen auf der DCI-Website (siehe Link) geteilt: Indien, Belgien, Türkei, Chile, Kambodscha, Frankreich, Sambia, Brasilien, Ghana und Usbekistan.

Zweitens organisiert die DCI eine Reihe von Workshops zur Umsetzung von Interoperabilität. Die Anwendungsfälle beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit der Interaktion von Systemen der sozialen Sicherung mit anderen Systemen, etwa von Standesämtern. Drittens setzt die DCI Ausschüsse ein, um Standards für solche Interaktionen auszuarbeiten. In den Aus-

schüssen sitzen Vertreter*innen der Wissenschaft, internationale Organisationen und andere Fachleute. Sie bringen unterschiedliche Perspektiven und Expertisen in die Formulierung der Standards ein.

Viertens baut die DCI Partnerschaften mit Anbietern von sowohl proprietärer als auch Open-Source-Software auf, die für Programme der sozialen Sicherung relevant sind. Die DCI nutzt für die Entwicklung einheitlicher Interoperabilitätsstandards kostenlos zugängliche Open-Source-Softwarelösungen.

So wichtig Interoperabilität auch ist, um soziale Sicherungssysteme zu verbessern: Der Datenschutz darf darüber nicht vernachlässigt werden. Wo verschiedene Datensysteme miteinander verbunden werden, entstehen potenzielle Risiken hinsichtlich Datensicherheit. Deshalb müssen die beteiligten Länder sicherstellen, dass die Daten ihrer Bürger*innen jederzeit geschützt sind.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Digital Convergence Initiative (DCI): <https://spdci.org/>
 World Bank, 2021: Social protection and jobs responses to COVID-19: A real-time review of country measures. „Living paper“ version 15 (May 14, 2021). <https://documents1.worldbank.org/curated/en/281531621024684216/pdf/Social-Protection-and-Jobs-Responses-to-COVID-19-A-Real-Time-Review-of-Country-Measures-May-14-2021.pdf>
 ILO, 2021: World Social Protection Report. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-ed_protect/-soc_sec/documents/publication/wcms_817572.pdf



ANITA MITTAL
 ist Lead of Digital Convergence Initiative und Senior Advisor Social Protection bei der GIZ in Indien.

anita.mittal@giz.de

Menschen mit Behinderungen gezielter versorgen

Derzeit untersucht die DCI die Interaktion zwischen Systemen der sozialen Sicherung und Registern, die Menschen mit Behinderungen erfassen. Sie sind eine wichtige Zielgruppe: Etwa 80 Prozent von ihnen leben in Armut. Einer der Leitsätze der Agenda 2030 der UN lautet „niemanden zurücklassen“. Das bedeutet, dass die ärmsten und am meisten benachteiligten Menschen besondere Beachtung verdienen, wenn es darum geht, die 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) zu erreichen.

Besonders prekär ist die Lage in Entwicklungsländern. Dort leben laut UN etwa 80 Prozent der weltweit geschätzten 1,3 Milliarden Menschen mit Behinderungen. Steuereinnahmen und staatliche Ausgaben

sind in diesen Ländern meist dürftig.

Bei allen Projekten und Programmen sollten Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen explizit und von Anfang an berücksichtigt werden. Eine bessere Interoperabilität (siehe Haupttext), insbesondere zwischen den Systemen der sozialen Sicherung der Länder

und ihren Registern für Menschen mit Behinderungen, kann dazu beitragen.

In Ländern wie Ruanda, Kambodscha und Indien werden Informationen über Menschen mit Behinderungen in Registern gespeichert. Darauf können die jeweiligen Programme für soziale Sicherung zugreifen, um bestimmte Personen zu priorisieren oder ihnen zusätzliche Leistungen zu gewähren.

Auch Bereiche, die für Arbeit und Qualifikation zuständig sind, können auf solche Register zugreifen, um einzelnen

Personen geeignete Angebote zu Ausbildungen oder Jobs zu machen – abhängig von der Art ihrer Behinderung.

Um das Potenzial solcher Interaktionen zwischen Systemen weiter zu prüfen, werden wir vom DCI uns auch künftig mit den Ländern austauschen. Daraus werden sich konkrete Anwendungsfälle entwickeln. Darauf aufbauend werden wir dann ein Komitee einberufen, um Standards zu erarbeiten.

Sobald sie eingeführt sind, werden diese Standards der „interoperability by design“ von Systemen der sozialen Sicherung und Behindertenregistern zugutekommen. Auf diese Weise tragen sie zu dem UN-Ziel bei, niemanden zurückzulassen. AM



Kundgebung anlässlich des Internationalen Tages der Menschen mit Behinderungen in Bangalore, Indien, 2022.

LITERATUR

UN-Faktenblatt zu Menschen mit Behinderungen: <https://www.un.org/development/desa/disabilities/resources/factsheet-on-persons-with-disabilities.html>

Keine Medizin in Krankenhäusern

In den öffentlichen Gesundheitseinrichtungen in Sambia herrscht ein ständiger Mangel an Medikamenten, und die Patienten befürchten, dass sie keine lebenswichtigen Arzneimittel erhalten.

Der landesweite Bestand an Medikamenten liegt derzeit bei 53,1 Prozent, gibt die Zambia Medicines and Medical Supplies Agency (ZAMMSA) an. Das ist weit unter dem von der Weltgesundheitsorganisation geforderten Mindestwert von 70 bis 80 Prozent.

„Der anhaltende Medikamentenmangel ist besorgniserregend. Als Diabetikerin brauche ich regelmäßig injizierbares Insulin. Wenn ich in eine öffentliche Einrichtung gehe, wird mir gesagt, dass sie keines mehr haben und ich auf die teuren privaten Apotheken ausweichen muss“, sagt Sarah Tembo, eine Einwohnerin von Lusaka.

In vielen öffentlichen Gesundheitseinrichtungen sind mehrere wichtige und lebensrettende Medikamente knapp. Dazu gehören Schmerzmittel wie Paracetamol, Nifedipin für Bluthochdruckpatienten und Insulin für Diabetiker. Das Gesundheitspersonal in diesen Einrichtungen ist hilflos und kann ohne die erforderlichen Arzneimittel nicht die notwendige Versorgung bieten.

Kritiker machen Korruption und Unterschlagung für die Situation verantwortlich. Da der Handel mit Arzneien weltweit ein großes Geschäft ist, gehen Experten davon aus, dass einzelne Mitarbeiter, die für die Beschaffung in

Gesundheitseinrichtungen zuständig sind, Medikamente stehlen und auf dem Schwarzmarkt verkaufen.

„Die Regierung hat die Beschaffung zwar gut im Griff, aber es gibt ein unsichtbares Kartell, das die Medikamente mithilfe staatlicher Ressourcen weiterverkauft. Das geht sogar so weit, dass diese Missetäter abgelaufene Medikamente ins Land bringen“, sagt Pharmaexperte Peter Makayi.

Einige Interessengruppen fordern die Regierung auf, wegen dieser anhaltenden Krise den Notstand auszurufen. Dies würde die Anwendung von Katastrophenschutzmaßnahmen ermöglichen und dem Problem die dringend benötigte Aufmerksamkeit zukommen lassen, so das Argument.

Die Regierung zögert jedoch, dies zu tun. Sie verweist darauf, dass sie genügend wichtige Medikamente für die Gesundheitseinrichtungen beschafft hat, um den landesweiten Mangel an Medikamenten zu beheben. Sambias Vizepräsidentin Mutale Nalumango gibt allerdings zu, dass das Land mit einem Medikamentenmangel zu kämpfen hat.

Sie ist der Meinung, dass ein Teil des Problems in der chaotischen Lieferkette der Pharmaindustrie liegt, die den Staat viel Geld kostet. Sie ist auch frustriert über skrupellose Personen, die Medikamente stehlen. Sie sieht ein Problem in den Zwischenhändlern: „Mein Appell ist, dass wir die meisten dieser Zwischenhändler abschaffen.“



DERRICK SILIMINA
ist freier Journalist in
Lusaka.
derricksilimina@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
ISSN 2366-7249
Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29.06.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge,
Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:
Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)
Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),
Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



KLIMAKRISE

Rücksichtsloser Pragmatismus

Hitzewellen brechen weltweit Temperaturrekorde. Die Schäden sind enorm. Trotzdem werden Klimaschutzmaßnahmen aufgeschoben, um die Wirtschaft nicht zu schwächen. Manche Politiker nennen das Pragmatismus. In Wirklichkeit führt es in die Katastrophe.

Von Roli Mahajan

Der Sommer setzte in diesem Jahr früh ein. Weltweit wurden viele Regionen von Rekordtemperaturen ereilt. Shanghai etwa verzeichnete am 29. Mai mit 36,7 Grad Celsius den heißesten Maitag seit 100 Jahren. Singapur verbuchte am 13. Mai die höchste Temperatur des Monats seit 1983. Und in Vietnams nördlicher Provinz Thanh Hoa wurde bereits am 6. Mai mit 44,1 Grad Celsius die bisher höchste Temperatur gemessen.

Auch Länder wie Indien, Bangladesch, China, Thailand und Laos erlebten im April eine der schlimmsten Hitzewellen. In Dhaka schmolzen Straßenbeläge, Schulen wurden geschlossen, und Parlamente konnten nicht arbeiten. In Indien kam es zu Hitzetoten. Nicht einmal die ersten Gepardenjungen seit Jahrzehnten blieben verschont.

Auch im Mittelmeerraum lagen Temperaturen bis zu 20 Grad über den normalen April-Werten. Betroffen waren vor allem Spanien, Portugal, Marokko und Algerien.

Außergewöhnlich hohe Hitze erhöht auch die Gefahr für Waldbrände: Mehr als 54 000 Hektar Wald standen wochenlang

im russischen Ural in Flammen, während Rauch von kanadischen Waldbränden den Nordosten der USA in Smog hüllte.

Und es wird noch schlimmer. Die Weltwetterorganisation der Vereinten Nationen (WMO) erwartet, dass die globalen Durchschnittstemperaturen in den nächsten fünf Jahren auf Rekordniveau ansteigen. Es besteht eine Zweidrittel-Wahrscheinlichkeit, dass die im Pariser Abkommen festgelegte Zielmarke von 1,5° C über dem Industrienniveau überschritten wird.

Komplexe Wettermuster im Pazifischen Ozean spielen dabei eine Rolle. Bisher kühlende Muster wie La Niña werden laut der WMO zunehmend von der heißeren El Niño-Wetterlage verdrängt. Die Prognose ist eindeutig. Die Kombination aus steigenden Treibhausgasemissionen und El Niño wird den Planeten weiter aufheizen.

Der Copernicus-Klimawandeldienst (C3S) der EU geht davon aus, dass 2022 mehr als 20 000 Menschen in Europa durch Hitzewellen starben. Allein in Südeuropa mussten die Menschen an 70 bis 100 Tagen extreme Hitze ertragen. Sogar im Vereinigten Königreich herrschten mit mehr als 40 Grad noch nie da gewesene Temperaturen.

Zwar sind Menschen in (sub-)tropischen Ländern hohe Temperaturen eher gewohnt. Viele von ihnen arbeiten jedoch im Freien und sind extremen Witterungsbedingungen unmittelbar ausgesetzt. Kommt hohe Luftfeuchtigkeit hinzu, kann

der menschliche Körper nur noch eingeschränkt Hitze absondern. Das Überleben kann dann von sofortiger Kühlung abhängen. Klimaanlage sind jedoch für die am meisten gefährdeten Menschen nicht verfügbar, ebenso wenig wie Ventilatoren.

Hinzu kommen Stromausfälle. Sie werden auch für wohlhabendere Menschen zum Problem. Es mutet zynisch an, dass viele Länder ausgerechnet auf fossile Brennstoffe setzen, um stabile Stromnetze zu garantieren. Sie mögen auf kurze Sicht helfen, langfristig aber verschärfen sie die Lage. Die Wissenschaft warnt seit langem, dass die Klimakrise sich dramatisch auf Gesundheit, Ernährungssicherheit und den Zugang zu Wasser auswirken wird.

Anpassen können sich Menschen und andere Lebewesen dabei nur begrenzt. Menschen müssen für die Gefahren von extremer Hitze sensibilisiert werden. Entscheidend ist auch, energieeffiziente und kostengünstige Kühlmöglichkeiten für Büros und Wohnungen zu entwickeln.

Die größte Rolle spielt aber, dass es nicht noch heißer wird. Umso beunruhigender ist, dass reiche Nationen mit hohem Pro-Kopf-Fußabdruck zaudern und zurückrudern: Während die britische Regierung die Dringlichkeit ihrer Klimaschutzmaßnahmen hinterfragt, ringt sich Deutschland nicht dazu durch, endlich ein Tempolimit auf Autobahnen einzuführen und Raser zu stoppen. Und die Republikaner in den USA setzen alles daran, ethische Anlagestrategien zu diskreditieren, die höhere ökologische, soziale und staatliche Standards (ESG) setzen.

Ein Argument vieler Politiker: Drastische Maßnahmen überfordern die Wirtschaft. Sie nennen das „Pragmatismus“ – doch in Wirklichkeit führt es geradewegs in die Katastrophe. Schon heute zögern Versicherungsgesellschaften, Häuser in Kalifornien zu versichern, weil sie die Klimarisiken nicht genau einschätzen können. Auch sie wissen, dass Schäden zunehmen werden.

Es muss sich etwas tun, und zwar schnell. Wohlhabende Nationen mit Ressourcen im Überfluss und hohen Pro-Kopf-Emissionen müssen den Weg weisen.



Smog in New York City im Juni 2023.



ROLI MAHAJAN
ist Journalistin und lebt in Lucknow, Indien.

roli.mahajan@gmail.com

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Afrikas Verantwortung für Klimagerechtigkeit

Länder mit niedrigen Einkommen leiden unter Klimafolgen. Afrikanische Eliten machen dafür die reiche Welt verantwortlich, müssen aber auch ihre eigenen Entscheidungen kritisch hinterfragen.

Von Samir Abi

Die kilometerlangen Strände Togos wurden einst von europäischen Touristen geschätzt, bieten aber heute ein trauriges Bild. Die Infrastruktur ist heruntergekommen, Gebäude fallen zunehmend dem Meer zum Opfer. Die Erosion lässt auch den Fremdenverkehr bröckeln.

Mittlerweile bedrohen die Wellen ganze Dörfer und Stadtteile. Menschen müssen wegziehen. Manche verlieren ihre Felder, andere können nicht mehr vom Fischfang leben. Im Inland werden Dürren, aber auch Hochwasser häufiger. Sie zerstören die Existenzgrundlagen von Familien. Wer es sich dank Geld oder Bildung zutraut, sucht sein Glück jenseits der Grenzen in Metropolen wie Cotonou und Lagos oder sogar in Europa.

Ein klimasicheres Leben bieten westafrikanische Küstenstädte heute aber nicht. Der steigende Meeresspiegel bedroht sie alle. Salzwasser dringt in das Grundwasser ein und beeinträchtigt die Wasserversorgung, die mit dem Städtewachstum ohne-

hin schon kaum mitkommt. Angesichts von Landflucht und hohen Geburtenraten schießen Slums aus dem Boden. Die städtische Infrastruktur ist überlastet, und die Umweltverschmutzung nimmt zu.

Die Klimafolgen sind gravierend. Wissenschaftlich ist klar, dass die Treibhausgasemissionen der Industrieländer die Hauptursache sind. Das betonen Afrikas Eliten gern. Über wirtschaftliche und entwicklungspolitische Fehlentscheidungen afrikanischer Regierungen sprechen sie lieber nicht. Tatsache ist aber, dass sie typischerweise nach der Unabhängigkeit koloniale Ausbeutungssysteme fortführten.

Afrikanische Volkswirtschaften hängen deshalb immer noch von Rohstoffexporten ab. Die örtlichen Eliten setzten hemmungslos auf Großplantagen, Bergbau und Ölförderung. Traditionelle, aber umweltfreundliche Ressourcennutzung wurde abgewertet. Von der Ausbeutung der Natur profitiert eine kleine besitzende Schicht, die multinationalen Konzernen zuarbeitet. Ihren Aufstieg unterstützten die etablierten Wirtschaftsmächte, aber auch multilaterale Institutionen wie Weltbank oder der Internationale Währungsfonds. Nicht nur die Ökologie wurde vernachlässigt. Auch gegen die Armut der afrikanischen Massen wurde wenig getan.

Es gibt viele Beispiele dafür, dass die Rohstoffwirtschaft der Umwelt schadet. Der Bau- und Ausbau der Häfen für Containerschiffe bringt die marinen Ökosysteme aus dem Gleichgewicht. Das beschleunigt in dicht besiedelten Gegenden die Küstenerosion. Die Baumaßnahmen selbst sind klimaintensiv – und die exportierten Rohstoffe treiben das nichtnachhaltige Wachstum in reicheren Weltgegenden an.

Ähnlich verheerend wirkt sich der Bau von Schnellstraßen und Staudämmen aus. Die Wälder schwinden – und dabei spielen agroindustrielle Interessen eine große Rolle. Plantagen und Tagebaubetriebe breiten sich aus.

Angesichts der sozialen und ökologischen Notlage ist die Forderung nach Klimagerechtigkeit unglaubwürdig, wenn Selbstkritik ausbleibt. Afrikas wirtschaftliche und politische Eliten tragen auch Verantwortung für den Zustand des Kontinents. Selbstkritik ist auf zwei Ebenen nötig:

- Wir müssen den Umgang mit der Natur korrigieren. Sie ist unsere Lebensgrundlage, was unseren Vorfahren bewusst war.
- Wir brauchen einen Fortschrittsbegriff, der den Bedürfnissen unserer Menschen dient, nicht den Interessen internationaler Unternehmen.

Überdacht werden muss aber auch das Verständnis von internationaler Solidarität. Es ist absurd, dass in Ländern mit niedrigem Einkommen die ungebremste Naturausbeutung weitergeht, während in Ländern mit hohem Einkommen allmählich Reformen hin zur Nachhaltigkeit umgesetzt werden.

Afrikanische Länder brauchen Entwicklungsmodelle mit sauberer Energie für alle, mit gerechterer Einkommensverteilung und menschenwürdigen Arbeitsplätzen. Wir brauchen für alle Bildung und Gesundheitsversorgung sowie umweltverträgliche Mobilität. Afrikanische Regierungen müssen in die richtige Richtung steuern – sonst werden sie weder Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance) noch Klimageld nachhaltig im Sinne ihrer Bevölkerung einsetzen können. Anders ist Klimagerechtigkeit nicht möglich.



Fischerboote vor dem Containerhafen von Togos Hauptstadt Lomé.



SAMIR ABI
leitet die nichtstaatliche
Organisation Visions
Solidaires in Togo.
samirvstg@gmail.com



Bis August 2023 sind noch weniger Boote auf dem Tanganjikasee zu sehen.

ÜBERFISCHUNG

See doch nicht geschlossen

Mitte Mai sollte der Tanganjikasee in Ostafrika für ein Vierteljahr für den Fischfang gesperrt werden. So sollten schwindende Bestände gerettet werden. Das hätte aber schwerwiegende Folgen für die Bevölkerung in Anrainerstaaten wie Burundi gehabt und wird in drei Staaten nun nicht umgesetzt.

Von Mireille Kanyange

Der Tanganjikasee ist der zweitiefste See der Welt. Er beherbergt eine Vielfalt an Fischen, die sonst nirgendwo zu finden ist. Zu den beliebtesten gehören die Mukeke- und Ndagala-Fische.

Der See ist mittlerweile überfischt. Damit sich die Bestände erholen können, hatten sich die vier Anrainerstaaten Burundi, Demokratische Republik Kongo (DRC), Tansania und Sambia nun darauf geeinigt, den Tanganjikasee längerfristig zu sperren.



Achtzehn Fischerstrände und zahlreiche Fischereihäfen liegen an der burundischen Küste. Die burundischen Behörden wollten den See zunächst nur für eine Woche schließen, wurden aber überstimmt.

Menschen, die vom Fischfang abhängen, machten sich große Sorgen. Georges arbeitet als Fischer im Hafen von Rumonge im Süden Burundis. Der vierfache Vater erzog, in seine Heimat im Norden des Landes zurückzukehren, weil er keine alternative Einkommensquelle sah.

Claudette ist Fischhändlerin und Mutter von zwei Kindern. Jeden Morgen besorgt sie Ndagala am Hafen von Karonda, um ihn weiterzuverkaufen. Damit verdient sie umgerechnet zwei bis drei Euro am Tag. Gleichzeitig sind die Fische Grundnahrungsmittel für ihre Kinder. Auch sie hätte eine alternative Erwerbsgrundlage gebraucht.

Anfang Juni war die Sperrung in Burundi, der DRC und Tansania aber praktisch ausgesetzt. Die Staaten taten nichts zur Durchsetzung. Es gab auch keine neuen Termine. Das Leben geht wie gewohnt weiter – und die Überfischung auch. In Sambia gilt das Moratorium dagegen.

ÜBERFISCHUNG UND VERSCHMUTZUNG

Tatsächlich werden immer weniger Fische gefangen. Im Jahr 2016 waren es in Burundi 26 000 Tonnen, 2019 bereits 6000 Tonnen weniger. Somit gehen auch die

Exporte zurück. Außerdem gibt es infolge der gestiegenen Fischereiabgaben ohnehin immer weniger Fischer*innen. Nach Angaben von Gabriel Butoyi, dem Vorsitzenden des burundischen Fischer- und Verbraucherverbandes, ist der Fischereiertrag Burundis nicht genug, um die bestehende Nachfrage zu decken. Das führt zu steigenden Preisen.

Ununterbrochener Fischfang und verbotene Fanggeräte wie Kiemennetze sind Gründe für den Ertragsrückgang im See. Doch auch die starke Wasserverschmutzung führt zu Fischsterben. Bereits die Laichgründe der Fische werden durch die Erschließung von immer neuen Ackerbauflächen und Wohngebieten zerstört. Umweltschützer fordern die Einhaltung des burundischen Wassergesetzes, das besagt, dass Gebäude nicht näher als 150 Meter am See und 50 Meter an Flüssen errichtet werden dürfen. Allzu oft wird gegen dieses Gesetz verstoßen.

Eine alternative Lösung des Problems ist verstärkte Fischzucht. Im See Cohoha in der nordburundischen Provinz Kirundo zum Beispiel züchten burundische und ausländische Investoren Tilapia. Die Produktion liegt aktuell bei 1000 Tonnen pro Jahr.

Auch an anderen Orten werden Fischzuchten ausgebaut, etwa durch Aqua Burundi. Das Unternehmen hat sich auf nachhaltige Fischzucht spezialisiert. Aber die Fische lassen sich bisher aufgrund mangelnder Infrastruktur nur schlecht konservieren. Insbesondere Elektrizität und Kühlschränke fehlen. Oft werden die Fische geräuchert, wofür allerdings viel Holz nötig ist.

Die Burundier hoffen, dass die Bestände sich erholen und die Fangzahlen dann auch wieder steigen. Ohne Moratorium ist das aber unwahrscheinlich. Die überstaatliche Tanganjikaseebehörde hatte die Seesperrung konzipiert – aber von ihr ist jetzt nichts zu hören. Die regionale Kooperation funktioniert offenbar nicht richtig.

Die Situation ist verwirrend. Die Menschen in Burundi sind froh, dass ihnen kurzfristige Pein erspart bleibt. Die langfristige Perspektive ist jedoch nach wie vor beunruhigend.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin und Reporterin bei Radio Isanganiro in Burundi.
mika.kanyange@gmail.com

DEMOKRATIE

Die Krise in Peru hält an

Seit Präsidentin Dina Boluarte das Amt von Pedro Castillo übernommen hat, hat sich die Spaltung des Landes vertieft. Politik- und Korruptionsskandale sind an der Tagesordnung.

Von Daniel Callo-Concha und Antonia Bihlmayer

Seit den späten 1990er-Jahren wurde Peru für seine makroökonomische Stabilität und sein Wachstum gelobt, das auf Steuerdisziplin, Schuldenvermeidung und hohen staatlichen Reserven basierte. Nutznießer waren Mittelschicht, Wirtschaftselite und ausländische Investoren, denen daran gelegen war, dass alles so bleibt. „Autopilot“ wurde das Ganze daher spöttisch genannt.

Im Kontrast dazu steht die aktuelle politische Lage in Peru. Gegen alle lebenden Ex-Präsidenten laufen Ermittlungen, sie wurden festgenommen oder verbüßen Haftstrafen. Einer beging Selbstmord, um sich dem zu entziehen.

2021 wurde der linke Dorflehrer und Gewerkschaftsführer Pedro Castillo Präsident. Unter ihm erlebte das Land einen Tiefpunkt. Castillo erwies sich als unqualifiziert, inkonsistent und offenbar korrupt. Dauernd wechselte er Minister aus und schloss neue Bündnisse. Für sein politisches Überleben übernahm er sogar, was seine Gegner ihm diktierten. Angesichts heftiger Opposition war seine Präsidentschaft eine permanente Regierungskrise. Nach einem versuchten Staatsstreich wurde er nach anderthalb Jahren des Amtes enthoben. Im Dezember 2022 trat Vizepräsidentin Dina Boluarte seine Nachfolge an.

Die Situation beruhigte sich allerdings nicht. Anhänger Castillos und andere gingen auf die Straße. Sie forderten Neuwahlen, ein Ende der Amtszeit von Boluarte und des Parlaments sowie eine neue Verfassung.

Die Regierung ignorierte alle Forderungen. Die Demonstrierenden wurden kriminalisiert, mehr als 70 Menschen starben bei den Protesten. Umfragen zeigen, wie unpopulär die Regierung ist: Alle drei Regierungszweige halten nur mit Mühe zwei-

stellige Zustimmungswerte. Die Stimmung im Land ist instabil und konfrontativ.

Seit den 2000er-Jahren waren die peruanischen Wähler*innen gespalten zwischen wirtschaftlichem Liberalismus und einer Politik der sozialen Sicherung. Die Kandidat*innen gingen Kompromisse zwischen beiden ein, dennoch erfüllte keine der Regierungen die Erwartungen in sozialer Hinsicht. Indem sie dem „Autopiloten“ zustimmten, verliehen sie indirekt den Profitreuren Macht.

In der Folge verloren sie das Vertrauen der Wähler*innen. Vor allem in der Provinz und auf dem Land suchten die Menschen nach Alternativen an den politischen Rändern. Viele fühlten sich zunehmend ausgegrenzt, da auch Klassismus, Regionalismus und Rassismus eine Rolle spielten.

Man könnte sagen, dass es in Peru seit geraumer Zeit keine politischen Parteien mehr gibt – sondern nur noch Zufallsallianzen, die sich kurz vor Wahlen gründen und ähnliche Agenden verfolgen. Keine davon hatte ein konsistentes Programm. Wahlsiege werden vielmehr als Chance gesehen, Regierung und Behörden zu kontrollieren und die Interessen von Lobbygruppen durchzusetzen.

Investigative Journalist*innen berichten täglich über politische Skandale und Korruption. Beispiele sind Polizeigewalt – in einem Fall mit 17 Toten –, ein Kongressabgeordneter, der seine Assistentin verge-

waltigte oder auch Minister und Richter mit gefälschten Uni-Abschlüssen. Solche Enthüllungen bleiben jedoch folgenlos. Das Establishment schützt die Täter, bis keiner mehr hinsieht.

Viele in der peruanischen Politik setzen auf Strategien, die mit „postfaktisch“ und „Kulturkampf“ umschrieben werden können. Ein Ergebnis davon ist der Aufstieg der extremen Rechten und Linken. Zuletzt hat der Machtwechsel zu Boluarte den Aufstieg von rechten Hardlinern begünstigt, die Regierungsposten besetzten und ihre Position stärkten. Diese Dynamik spaltet das Land weiter – und verschärft die Dysfunktionalität von Institutionen.

Im Kontext der „Pink Tide“ (siehe Kasten) in Lateinamerika ist die jüngste Entwicklung in Peru sicherlich speziell. Es darf bezweifelt werden, dass ein politischer und gesellschaftlicher Konsens erreicht werden kann, um eine gemeinsame Richtung für das Land zu finden.



DANIEL CALLO-CONCHA ist ein peruanischer Autor und Wissenschaftler am Institut für Umweltwissenschaften der Universität

Kaiserslautern-Landau (RPTU). Er forscht am Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn.

d.callo-concha@uni-bonn.de



ANTONIA BIHLMAYER hat Geschichte, Spanisch und deutsche Literatur studiert. Sie arbeitet im Haus der Geschichte der

Bundesrepublik Deutschland in Bonn.

antonia.bihlmayer@web.de



Proteste gegen Präsidentin Boluarte und die Polizei im Januar.

Die zweite „Pink Tide“

Die „Pink Tide“ („Rosarote Welle“) war ein politischer Trend Anfang des 21. Jahrhunderts: Linke Politiker gewannen Wahlen in Lateinamerika und rückten von marktorthodoxen Modellen ab. Als Alternative dazu galt der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Er basierte auf:

- der Abkehr vom Einfluss der USA,
- einer gerechteren Umverteilung des Reichtums der Länder und
- der kontinentalen wirtschaftlichen und sozialen Integration.

Die Pink Tide war in sechs von zehn südamerikanischen



Wahlsiege von linken Politikern wie Luiz Inácio Lula da Silva (Brasilien, links) und Alberto Ángel Fernández (Argentinien) machen dem progressiven Lager Hoffnung.

Ländern erfolgreich. Trotzdem schwenkten die Wähler*innen später auf konservative Alternativen um. Die führenden Köpfe der Pink Tide wurden des Machtmissbrauchs, der Korruption und schlechter makroökonomischer Politik beschuldigt.

Zwanzig Jahre später kam eine zweite Pink Tide auf. Progressisten bekamen neue Hoffnung durch mehrere Wahlerfolge, unter anderem von: Alberto Ángel Fernández (Argentinien), Andrés Manuel López Obrador (Mexiko), Pedro Castillo (Peru), Luis Arce (Bolivien), Gabriel Boric (Chile), Gustavo Petro (Kolumbien) und Luiz Inácio Lula da Silva (Brasilien).

Es gab aber Rückschläge, auch aufgrund der schwierigen

politischen Großwetterlage. Die Corona-Pandemie und die Folgen des Ukrainekrieges schränken den Spielraum für zusätzliche Sozialausgaben ein. Innenpolitisch herrscht oft starke Polarisierung, mit wenig Raum für Verhandlungen und Konsens. Der Handel mit externen Akteuren – besonders China – hat das Interesse an näher gelegenen Partnern vermindert.

All das hinterlässt Spuren auf dem ganzen Kontinent. Jede Regierung reagiert so, wie es ihrer Situation im Hinblick auf Regierungsführung, Institutionen, ideologische Kohärenz und politische Bildung entspricht. In Peru ist die Lage wohl am schwierigsten (siehe Haupttext). DCC, AB

Unsere Website hat ein neues Design und ist für mobile Nutzung optimiert.

www.dandc.eu



Eine Frau tanzt während einer Demonstration der iranischen Gemeinde in Barcelona.

SCHWERPUNKT

Feministische Entwicklungspolitik

„Der Protest ist mehr als nur Widerstand gegen ein Kleidungsstück: Es geht um die Rechte der Frau und um ihren Platz in der Gesellschaft.“

SHORA AZARNOUSH, S. 19

„Es braucht einen weltweiten politischen Konsens darüber, dass die Gleichstellung der Geschlechter ein Menschenrecht ist.“

SVENJA SCHULZE, S. 20

„Der Weg zur Geschlechtergerechtigkeit in Pakistan ist noch lang, aber wichtige Schritte sind getan.“

MARVA KHAN, S. 22

„Ein Grund für hohe Geburtenraten ist, dass Frauen noch immer oft im Teenageralter verheiratet werden.“

MAHWISH GUL, S. 24

„Wenn man das Leben der Frauen verbessern will, ist es nicht sinnvoll, sich nur an Frauen zu richten.“

MARIAME RACINE SOW, S. 26

„Indem wir Feminismus unterstützen, werden wir Männer unserer Verantwortung gerecht.“

FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN, S. 28

„Viele Politiker beherrschen den feministischen Diskurs rhetorisch gut, weil das politisch nützlich ist.“

VIRGINIA MERCADO, S. 30

„Für eine inklusive Entwicklung braucht es Allianzen innerhalb der gesamten Gesellschaft.“

TINA ZINTL, S. 32

AUTORITÄRE KLEIDERORDNUNG

Umdenken in der Bevölkerung

Der Hidschab ist mehr als ein simples Stück Stoff. Im Iran hat das Kopftuch große kulturelle und politische Bedeutung. Dem islamistischen Regime zufolge müssen Frauen es jederzeit tragen. Viele Frauen verzichten aber mittlerweile ganz darauf.

Von Shora Azarnoush

Begonnen hat dieser Trend in einer Protestwelle im September, nachdem die 22-jährige Jina Mahsa Amini in Polizeigewahrsam starb. Sie war wegen zu lässigen Kopftuchgebrauchs festgenommen worden. Seit langem befolgen viele Frauen die Pflicht eher symbolisch als strikt.

In klaren Worten hat die Autorin Sepideh Rashnu ihre Wut formuliert: „Im 21. Jahrhundert – während die NASA ihre Teleskope zur Erforschung schwarzer Löcher in die Milchstraße schickt und künstliche Intelligenz den menschlichen Schlaf nachahmt – finde ich mich im Iran in einem Verhörraum wieder und werde gezwungen, auf Verhörpapieren zu schreiben, dass ich als Bürgerin gegen die Zwangsverschleierung protestieren darf.“ Rashnu wurde inhaftiert, weil sie gegen die vom Staat auferlegten Hidschabvorschriften protestierte. Unzählige Frauen teilen ihren Ärger.

Im männerdominierten Iran symbolisiert das Kopftuch die Unterdrückung der Frau. Das extremistische Regime beruft sich dabei auf den Islam. Mit der Tragepflicht schränkt es nicht nur die Selbstbestimmungsrechte und Freiheit von Frauen ein, sondern betont auch die Ungleichheit der Geschlechter. Es versucht, Frauen zu kontrollieren – in einer Zeit, in der mehr Frauen als Männer studieren, und zwar auch Fächer, die im Westen noch männlich konnotiert sind.

Der Protest ist mehr als nur Widerstand gegen ein Kleidungsstück: Es geht um die Rechte der Frau und um ihren Platz in der Gesellschaft. Iranerinnen lehnen sich auf gegen ein theokratisches System, das sie unterdrückt und Menschenrechte missachtet.

Begonnen haben die Proteste, als die junge Mahsa Amini in Haft starb. Die Sittenpolizei hatte sie verhaftet, als sie ihren Hi-

dschab nicht „richtig“ trug. Im Protest entstand der Slogan „Frauen, Leben, Freiheit“. Jetzt tragen in Städten viele Frauen in der Öffentlichkeit kein Kopftuch mehr.

Der Staat reagierte brutal: Schätzungen zufolge starben von September bis April mehr als 500 Menschen bei Protesten. Zudem wurden vier Todesurteile vollstreckt. Mit Demonstrationen vollauf beschäftigt, konnten die Sicherheitskräfte aber im Alltag die Kopftuchpflicht nicht mehr durchsetzen. Viele Frauen begannen, gewohnheitsmäßig ganz ohne Hidschab rauszugehen. Lange taten die Behörden so, als merkten sie es nicht.

Jetzt hat das Regime aber angekündigt, das Hidschabgebot wieder durchzusetzen. Ob und wie ihm das gelingt, ist offen. Es fürchtet sicherlich, neue Proteste auszulösen.

Zunächst haben die Behörden Überwachungskameras im öffentlichen Raum installiert, um Frauen ohne Kopftuch zu identifizieren. Per Handy werden sie dann auf Verstöße gegen Hidschabregeln hingewiesen und verwarnt. Hart trifft es auch Geschäfte und Restaurants, welche die Verschleierungsvorschrift nicht einfordern.

Die Polizei hat schon mehrere geschlossen, was die Eigentümerfamilien in der aktuellen Wirtschaftskrise hart trifft. Andererseits boykottieren aber manche Leute nun Firmen, die sich streng an die autoritäre Kleiderordnung halten – und auch darunter leidet der Umsatz.

Der Kampf gegen die Kopftuchpflicht ist noch nicht zu Ende. In den vergangenen Monaten sind immer mehr Initiativen zur Unterstützung der Frauen entstanden. So werden etwa Männer aufgefordert, sich mit den Frauen zu solidarisieren, indem sie kurze Hosen oder Kopftücher tragen. Damit können sie das Risiko verringern, dass Frauen ausgegrenzt werden. Manche gehen noch weiter und stellen sich auf die Seite von Frauen, wenn diese verbal oder körperlich angegriffen werden, weil sie ihr Haar nicht bedecken.

Selbst traditionelle und konservative Iraner*innen sehen, dass die staatliche Unterdrückung übertrieben und ungerecht ist. Sie zeigen sich zunehmend solidarisch, und das schließt fromme Menschen mit ein. In der Bevölkerung Irans setzt sich allmählich ein Umdenken durch. Das Regime wird diesen Trend nach Kräften bremsen. Stoppen kann es ihn aber nicht.



SHORA AZARNOUSH
ist Journalistin und lebt in
Bonn.

shora.azarnoush@gmail.com



Viele Frauen verzichten mittlerweile aus Protest auf das Kopftuch.

DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Binden, Reisevisa und Kredite: Was Frauen wirklich unterstützt

Die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erklärt, wie feministische Entwicklungspolitik dazu beiträgt, dass Gesellschaften gerechter, widerstandsfähiger und stabiler werden.

Von Svenja Schulze

Als ich vor Kurzem auf der re:publica – der größten deutschen Digitalmesse – war, standen Geld und Frauen im Vordergrund. Expertinnen aus Ländern des Globalen Südens beanstandeten, dass Frauen datentechnisch oft „unsichtbar“ bleiben und deshalb keinen Zugang zu maßgeschneiderten Finanzangeboten hätten. Und sie erklärten, wie dies zu struktureller Armut bei Frauen beiträgt und welche anderen (Macht-)Strukturen es ihnen erschweren, zu Expertinnen, Forscherinnen und Gründerinnen zu werden.

Die kenianische Datenexpertin Linda Bonyo beispielsweise berichtete von den sonst selten sichtbaren Herausforderungen für Frauen in ihrer Heimat. 40 Prozent aller 18- bis 26-jährigen Frauen in Kenia sind alleinerziehende Mütter. Sie gehen in der Regel nicht studieren, und ihnen fehlen oft Zeit und Geld für Fortbildungen, die ihnen einen guten Job und wirtschaftliche Unabhängigkeit ermöglichen würden. Als alleinstehende Frauen sind sie zudem weiteren Diskriminierungen unterworfen: Sie können allein keine Wohnung anmieten, haben seltener Vermögen in ihrem Namen, bekommen keine Kredite und haben geringere Chancen auf Reisevisa. Damit nimmt ihnen die Gesellschaft viele Instrumente, die es braucht, um sich selbstständig zu machen oder Unternehmen aufzubauen.

Das Beispiel zeigt, wie komplex und sich überschneidend Diskriminierungen gegen Frauen sind. Deshalb müssen (Macht-)Strukturen grundlegend verändert werden. Das ist das Ziel meiner feministischen Entwicklungspolitik.

Wenn die Systeme der Welt von Männern erdacht und geleitet werden, fehlt die

weibliche Perspektive. Und damit fehlen 50 Prozent an Ideen und Vorschlägen, wie Gesellschaften gerechter, sicherer und wirtschaftlich erfolgreicher werden können. Wenn Frauen und marginalisierte Gruppen gleiche Rechte, Ressourcen und Repräsentanz haben, ermöglicht dies allen Menschen eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe.

Bestehende Ungleichheiten sind kein Zufall. Diskriminierende soziale Normen, Gesetze und Geschlechterstereotype im Globalen Süden sind oftmals Folgen der Kolonialzeit. Dadurch tragen Deutschland und Länder des Globalen Nordens eine besondere Verantwortung für die weltweite Förderung von Geschlechtergerechtigkeit, um diese Folgen abzumildern.

Um ihre wirtschaftlichen Chancen zu verbessern, fordern Frauen aus dem Globalen Süden vor allem drei Dinge: hochwertige Bildung, regulatorische Gleichstellung

und Zugang zu passenden Finanzinstrumenten.

Gute Jobs gibt es nur für gebildete Frauen. Wie kann die feministische Entwicklungszusammenarbeit Bildung für Mädchen in unseren Partnerländern unterstützen? Durch Schulessen, Sexuaufklärung und Binden. Arme Familien schicken ihre Töchter eher in die Schule, wenn sie dort mit Essen versorgt werden. Durch Sexuaufklärung für Mädchen und Jungen lassen sich verfrühte Schwangerschaften verhindern, die häufig zum Schulabbruch der Mädchen führen. Und Binden führen dazu, dass Mädchen auch während der Periode weiter zur Schule gehen.

An der Ikwera-Negri-Schule in Uganda beispielsweise erklärt Mary Alori den Schülerinnen und Schülern, was Menstruation bedeutet und wie man Binden so benutzt, dass Mädchen auch Fußball spielen können, wenn sie sie tragen. Im Rahmen des Sanitation for Millions-Programm stellt die ugandische Regierung der Schule Hygieneprodukte für Mädchen und Waschräume zur Verfügung, damit auch Mädchen aus ärmeren Familien versorgt sind und weiterhin zum Unterricht kommen.

All das sind wesentliche Voraussetzungen, um nicht schon während der prägenden Bildungsphase den Anschluss an männliche Klassenkameraden zu verpas-



Verteilung kostenloser Menstruationsprodukte an Frauen in Kiambu, Kenia.



In Pakistan fehlt es an praktizierenden Ärztinnen.

sen. Aber auch beim Übergang in die Arbeitswelt und der weiteren wirtschaftlichen Betätigung werden Frauen oft erneut abgehängt.

Bildung muss daher auch Rollenbilder und Geschlechterstereotypen hinterfragen, um diskriminierende soziale Normen und die strukturellen Ursachen von Geschlechterungleichheit nachhaltig zu überwinden. Gendertransformative Bildungsansätze in Schulen können so zum Beispiel dazu beitragen, sexuelle und geschlechtsbasierte Gewalt, Kinderehen und Teenagerschwangerschaften zu reduzieren. Gendertransformativ zu arbeiten bedeutet, strukturelle Diskriminierung und deren Ursachen anzugehen.

DISKRIMINIERENDE REGELN UND NORMEN ABBAUEN

Neben diskriminierenden Gesetzen, wie zum Beispiel Landrechte nur für Männer, gibt es in vielen Ländern des Globalen Südens zusätzliche benachteiligende Normen, die Frauen in ihrer Wirtschaftlichkeit behindern. In Pakistan gibt es beispielsweise das Phänomen der „doctor brides“. 70 Prozent aller Ärzt*innen im Land sind Frauen, aber nur die Hälfte von ihnen praktiziert Medizin. Die andere Hälfte studiert Medizin entweder nur als „Heirats-Booster“ oder praktiziert nach dem Eheschluss nicht mehr. Dadurch fehlen dem Land tausende Fachkräfte.

Diese Lücke wollen Iffat Zafar Aga und Sara Saeed Khurram mit ihrer „Sehat Kahani“-App schließen. Sie ermöglicht es Ärztinnen, von zu Hause aus elektronische Konsultationen für Patient*innen in meist

ländlichen Gemeinden anzubieten. Die beiden Gründerinnen haben Dutzende von E-Health-Kliniken in einkommensschwachen Gemeinden eingerichtet, in denen Patient*innen für nur 80 Rupien (0,43 Dollar) Krankenpfleger*innen aufsuchen können, die über die Onlineplattform wiederum Ärzt*innen erreichen.

Mithilfe der von Deutschland geförderten Women Entrepreneurs Finance Initiative (We-Fi) haben die beiden Frauen Zugang zu Finanzprodukten und -dienstleistungen bekommen, ihre Netzwerke erweitert und Mentor*innen gefunden. Das hat sie dabei unterstützt, diskriminierende Normen aufzubrechen.

In vielen Ländern des Globalen Südens haben Frauen keinen Zugang zu Krediten oder nur unter schlechteren Konditionen als Männer. Grund dafür ist, dass Kredite nicht cashflow-basiert vergeben werden, sondern oft mit Vermögen in Form von Land abgesichert werden müssen. Da unverheiratete Frauen seltener Land besitzen und bei verheirateten Frauen das Land im Namen des Mannes steht, fehlt ihnen oft der Zugang zu Geld, mit dem sie sich wirtschaftlich selbstständig machen oder ihre Unternehmen vergrößern könnten.

Aber laut Mary Ellen Iskenderian, der CEO von Women's World Banking, gibt es weitere wichtige finanzielle Hürden für Frauen: Sie fühlen sich seltener kompetent genug, um durch finanzielle oder technische Angebote zu navigieren. Und: Finanzdienstleister*innen erkennen Frauen nach wie vor nicht als attraktive Kundengruppe an. Damit Finanzprodukte für Frauen weltweit attraktiver werden, müssen sie pragmatisch, vertrauenswürdig und ver-

traulich sein. Frauen sind als Töchter, Mütter, Ehefrauen und Caregiver zeitlich stark unter Druck. Finanzprodukte müssen daher schnell und einfach verfügbar und handhabbar sein, sonst werden sie schlicht nicht genutzt. Frauen legen außerdem einen größeren Wert auf die Sicherheit ihrer Daten. Neben Vertrauenswürdigkeit spielt auch Vertraulichkeit eine große Rolle. Niemand außer der Frau selbst soll wissen, warum sie wie viel wofür spart.

Um diesen Prozess voranzutreiben, haben sich KfW und das BMZ für die Finanzierung von Women's World Banking zusammengetan. In einem eigenen Fonds haben wir Eigenkapital gebündelt, aus dem Kredite für Unternehmen bezahlt werden, die Gleichstellung vorantreiben. Um auch private Investor*innen zu mobilisieren, die Finanzierungen für Frauen in Ländern des Globalen Südens als sehr riskant ansahen, gibt der Fonds eine Erstverlustgarantie. Women's World Banking erstellt dann mit den Unternehmen einen verbindlichen Aktionsplan zur Förderung von Frauen. Durch diese Investments können wir sicherstellen, dass Frauen von der Arbeitsebene bis hin zur Vorstandsebene des Unternehmens vertreten sind.

Damit Mädchen weltweit in die Schulen kommen und dort bleiben, damit Frauen eine Ausbildung erhalten und wirtschaftlich selbstständig werden, braucht es ein umfassendes Verständnis ihrer Lebensrealitäten. Diese kennen sie selbst am besten. Und genau deshalb ist es so wichtig, dass sie ihre eigenen Lösungen entwickeln und dafür in ihren Communitys werben – so wie es Linda Bonyo in Kenia, Mary Alori in Uganda und Iffat Zafar Aga in Pakistan tun.

Aber Binden, Reisevisa und Kredite reichen nicht aus. Es braucht einen weltweiten politischen Konsens darüber, dass die Gleichstellung der Geschlechter ein Menschenrecht ist. Und dass Gesellschaften gerechter, widerstandsfähiger und stabiler werden, wenn alle Menschen gleichgestellt sind. Diesen Prozess unterstützt meine feministische Entwicklungspolitik. Sie ist keine Politik von Frauen für Frauen. Sondern eine Politik von allen für alle.



SVENJA SCHULZE
ist die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
www.bmz.de

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Fortschritte in Pakistan

Frauen sind in Pakistan zwar benachteiligt, aber ihre Situation ist besser, als viele im Ausland vermuten würden. Zum Beispiel ist Geschlechterparität im prestigeträchtigen höheren Staatsdienst in greifbarer Nähe.

Von Marva Khan

Jährlich am 8. März, dem Internationalen Frauentag, findet in Pakistan der Aurat-Marsch (Marsch der Frauen) statt. Bei Kundgebungen in allen größeren Städten setzen sich Protestierende gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung ein und fordern Chancengleichheit.

Tatsächlich gibt es erhebliche Geschlechterungleichheiten in Pakistan, wobei sich die Situation von Ort zu Ort unterscheidet. In Städten sind die Bildungs- und Beschäftigungschancen generell besser als auf dem Land. Aber auch in den Städten haben Frauen immer wieder mit Problemen wie Belästigung zu kämpfen, und die schlechte Verkehrsinfrastruktur schränkt ihren Zugang zu verschiedenen Orten ein.

Analphabetismus ist ein großes Problem, das Mädchen und Frauen besonders betrifft. Bildung an sich ist aber keine Garantie für Emanzipation. Oft vertreten auch gebildete Menschen eher frauenfeindliche Ansichten, und traditionelle Geschlechterrollen legen Frauen auf ihre Rolle im Haushalt fest. Selbst aufgeschlossene Familien können Geschlechterstereotype oft nur schwer überwinden. Ein Grund dafür ist der Mangel an Einrichtungen zur Kinderbetreuung, weshalb Mütter nicht Vollzeit arbeiten können. Es gibt auch keinen gesetzlichen Anspruch auf Mutterschaftsurlaub. Solche Umstände erschweren die finanzielle Unabhängigkeit.

Weshalb die pakistanische Gesellschaft so weit von Geschlechtergerechtigkeit entfernt ist, wird kontrovers diskutiert. Manche verweisen auf kulturelle Gründe, andere auf die Religion und wieder andere auf historische Umstände. All diese Faktoren spielen eine Rolle.

Weltweit sind traditionelle Normen – die meist Frauen benachteiligen – in

Dörfern besonders stark verbreitet. Der Islam wiederum ist ein facettenreicher Glaube, und muslimische Identitätspolitik hat zweifellos frauenfeindliche Elemente. Besonders deutlich wurde dies unter der Herrschaft des Militärdiktators Muhammad Zia-ul-Haq von 1977 bis 1988. Er wollte das Land islamisieren, aber seine repressive Politik hat sich nicht durchgesetzt. Wenige Monate nach seinem Tod bei einem Flugzeugabsturz wurde Benazir Bhutto die erste weibliche Regierungschefin in der muslimischen Welt.

Die Freiheiten von Frauen wurden auch durch den europäischen Imperialismus in der Kolonialzeit eingeschränkt. Zum Beispiel prägen viktorianische Normen noch immer die pakistanischen Gesetze gegen Vergewaltigung, die Opfer kaum vor sexualisierter Gewalt schützen. Die Urteile britischer Kolonialrichter zeigen, dass sie Frauen nicht als autonome, eigenständig handelnde Subjekte anerkannten.

Tatsächlich gab es in Südasien schon vor der britischen Herrschaft mächtige Frauen in Führungspositionen. Sie waren

einflussreiche Mitglieder königlicher Familien und regierten teils als Ranis (Königinnen). Außerdem unterschätzten die Kolonialmächte systematisch, welchen Status und welches Ansehen einige Frauen genossen. Zum Beispiel waren die Twaif an den Höfen des Mogulreichs nicht einfach nur „Kurtisanen“ oder „Prostituierte“, wie die Briten glaubten. Sie gehörten zu jenen, die am meisten Steuern zahlten, waren in den Künsten ausgebildet und hoch angesehen. Viele Twaif unterstützten den ersten, gescheiterten Befreiungskrieg des Subkontinents von 1857. Danach wurden sie hart bestraft. Leider ist das Bild von diesen Frauen bis heute von der arroganten Haltung der früheren Kolonialherren geprägt.

IN STAATLICHEN INSTITUTIONEN UNTERREPRÄSENTIERT

Heute, 75 Jahre nach der Gründung Pakistans, sind Frauen in staatlichen Institutionen immer noch unterrepräsentiert – sei es Judikative, Legislative oder Exekutive. Dennoch gibt es bemerkenswerten Fortschritt. Zum Beispiel sind einige Richterinnen in einflussreiche Positionen aufgestiegen (siehe Kasten).

Die Verfassung sieht Parlamentssitze für Frauen auf Bundes- und Provinzebene vor. Von 2008 bis 2013 war Fehmida Mirza als erste Frau Sprecherin der pakistanischen



Proteste in Lahore am 8. März 2023.

Nationalversammlung. Außerdem gründete sie 2008 den parlamentarischen Frauenausschuss, in dem Frauen verschiedener politischer Parteien Reformen vorantreiben. Zu ihren Erfolgen zählt eine strengere Gesetzgebung gegen Ehrenmorde oder Praktiken, bei denen Frauen und Mädchen als Tauschobjekte gehandelt werden, um Konflikte zu schlichten.

Der bemerkenswerteste Fortschritt dürfte aber sein, dass Geschlechterparität im höheren Staatsdienst (Central Superior Services – CSS) bald erreicht sein könnte. Der CSS ist der Elitekader der Beamt*innen auf nationaler Ebene. Er rekrutiert seine Mitglieder in jährlichen Auswahlprüfungen, und Frauen schneiden offenbar gut ab. In den letzten Jahrgängen wurde Geschlech-

terparität erreicht, sodass das CSS seine Frauenquote von 10 Prozent derzeit nicht benötigt.

Der Erfolg von Frauen bei den CSS-Prüfungen zeigt einen allgemeineren Trend. Viele Frauen erlangen Studienabschlüsse. Deshalb gibt es auch mehr Lehrerinnen an Grund- und Sekundarschulen. Gleiches gilt für das Gesundheitswesen. Frauen schneiden bei den hart umkämpften Zulassungen zum Medizinstudium zunehmend besser ab als Männer.

Manche fordern jetzt tatsächlich eine Schutzquote für männliche Bewerber. Das Argument: Zu wenige Frauen praktizieren tatsächlich auf lange Sicht als Ärztinnen. Das liegt allerdings nicht daran, dass Frauen nicht arbeiten wollten, sondern dass Mütter,

wie bereits erwähnt, vor enormen Hürden stehen.

Pakistan ist eine vielfältige Gesellschaft mit verschiedenen Kulturen. Fortschritte sind möglich – und nötig, denn die Ungleichheit verschärft die aktuelle ökonomische und politische Krise im Land für Frauen und Mädchen noch. Die gute Nachricht ist, dass sie sich in einigen wichtigen Bereichen durchaus abzeichnen.



MARVA KHAN

ist Assistenzprofessorin für Recht an der LUMS (Lahore University of Management Sciences) und Mitbegründerin

des Pakistani Feminist Judgments Project.

marva.khan@lums.edu.pk

Wichtige erste Schritte

Frauen sind in Pakistans Justizwesen unterrepräsentiert, vor allem auf oberster Ebene. Dennoch haben einige Richterinnen beträchtliche Macht.

Als erste Frau wurde Ayesha Malik im Januar 2022 zur Richterin am Obersten Gerichtshof ernannt. Zuvor war sie eine von nur sechs Richterinnen an den fünf Hohen Gerichtshöfen des Landes. Dort arbeiten insgesamt 113 Richter*innen. Einige der Frauen sind aber in wichtigen Positionen. Tahira Safdar etwa ist seit 2018 Oberste Richterin des Hohen Gerichts-

hofs von Belutschistan. Mussarat Hilali wurde im Mai dieses Jahres zur Obersten Richterin des Hohen Gerichtshofs von Peschawar ernannt.

Ein voreingenommenes Ernennungsverfahren ist der Hauptgrund dafür, dass Frauen an den wichtigsten Gerichtshöfen unterrepräsentiert sind. Männer dominieren die Gerichte und die Politik der Anwaltskammern. Durch das Verfahren können sie männliche Kandidaten bevorzugen. Frauen sind in den unteren Instanzen stärker vertreten, wo die Ernenn-

ung über Aufnahmeprüfungen erfolgt. Ähnliche Tendenzen zeigen sich auch in anderen Bereichen (siehe Hauptartikel).

Leider werden Richterinnen an den Gerichten der unteren Instanzen oft an den Rand gedrängt. Einige werden etwa nur für die Arbeit an Familiengerichten als geeignet angesehen. In diesem Zweig der Justiz waren Frauen bereits in der Kolonialzeit aktiv.

Die radikalen Islamisten haben es nicht geschafft, Frauen vom Richter*innenamt auszuschließen, auch wenn das unter Militärdiktator Muhammad Zia-ul-Haq in den 1980er Jahren versucht wurde. Unter Zia wurde das Beweisrecht so reformiert, dass Zeuginnen nicht mehr als gleichberechtigt mit Zeugen angesehen wurden. Daran knüpfte eine Petition an, die Frauen mit dieser Begründung die Berechtigung als Richterinnen absprach. Sie bestand auch darauf, dass Frauen sich verhüllen müssen und nicht offen mit dem anderen Geschlecht in Kontakt treten dürfen.

Das Schariagericht auf Bundesebene, das über religiöse Angelegenheiten entscheidet

und 1980 von Zia eingerichtet wurde, wies die Petition ab. Es entschied, dass weder der Islam noch die pakistanische Verfassung es Frauen verböten, als Richterinnen zu arbeiten. Trotzdem wiederholte das Urteil frauenfeindliche Vorurteile. Anstatt sich auf eine juristische und rechtswissenschaftliche Analyse zu beschränken, führten die Richter soziale und kulturelle Vorurteile ins Feld, die in einem Urteil keinen Platz haben sollten.

Genau diese Vorurteile hindern Pakistanerinnen heute daran, ihr Potenzial voll auszuschöpfen. Richterinnen, Anwältinnen und vor allem Klägerinnen müssen sich regelmäßig mit Einschüchterung durch aggressive Männer auseinandersetzen. Zugleich sind die Gerichtssäle auch baulich nicht auf Frauen zugeschnitten. Häufig fehlen Sitzgelegenheiten für Frauen und Plätze für stillende Mütter. Die meisten Gerichte haben nicht einmal angemessene Frauentoiletten. Der Weg zur vollumfänglichen Geschlechtergerechtigkeit ist also noch lang, aber wichtige Schritte sind bereits getan. MK



Tahira Safdar ist die Oberste Richterin des Hohen Gerichtshofs von Belutschistan.

DEMOGRAFIE

Familienplanung ist ein Frauenrecht

Mehr als 8 Milliarden Menschen leben mittlerweile auf der Erde. Und die Weltbevölkerung wächst weiter. Vor allem in Ländern mit niedrigem Einkommen bekommen Frauen viele Kinder. Abhilfe könnte eine nachhaltigere Familienplanung schaffen. Sie muss Frauenrechte einbeziehen und junge Menschen befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Von Mahwish Gul

Nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) leben seit Ende 2022 mehr als 8 Milliarden Menschen auf der Erde. 2010 waren es noch 7 Milliarden – in nur zwölf Jahren sind also 1 Milliarde Menschen hinzugekommen. Und in den vergangenen hundert Jahren ist die Weltbevölkerung um etwa 6 Milliarden Menschen gewachsen.

Die Gründe für das Bevölkerungswachstum sind vielfältig, lassen sich aber auf drei Hauptursachen zurückführen: bessere Gesundheitsversorgung, gesündere Ernährung und Fortschritte in der Medizin.

Gleichzeitig verlangsamt sich das Bevölkerungswachstum. Berechnungen zufolge wird die nächste Milliarde nicht wieder in zwölf, sondern erst in 15 Jahren überschritten. Den Höchststand erwarten Experten Ende dieses Jahrhunderts. Etwa 10,4 Milliarden Menschen werden dann auf der Erde leben.

Neu ist die Verlangsamung des Bevölkerungswachstums nicht: Auch wenn noch immer mehr Menschen geboren werden als sterben, sinkt die Wachstumsrate bereits seit den 1960er Jahren. Damals wuchs die Weltbevölkerung jährlich um 2,1 Prozent – heute ist es weniger als ein Prozent. Auch die Geburtenrate ist dementsprechend weltweit um mehr als die Hälfte von 5,3 Geburten auf heute 2,3 Geburten gesunken.

Der Rückgang hängt unter anderem mit einem höheren Lebensstandard zusammen. Je gesünder und länger Menschen im Durchschnitt leben, desto geringer fällt auch die Geburtenrate aus. Tatsächlich werden die Menschen immer älter. Im Jahr 1950 waren etwa fünf Prozent der Menschen 65 Jahre alt oder älter. Im Jahr 1990 waren es bereits rund sechs Prozent. Im vergangenen Jahr wurde dann die Zehn-Prozent-Marke geknackt, und bis 2050 wird sie voraussichtlich auf 16 Prozent steigen. Das geht aus Daten des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) hervor. Aber die Betrachtung der Daten spiegelt nicht die ganze Komplexität der Geburtenraten wider; weltweit schwanken sie stark.

Deutlich wird das, wenn man Länder mit hohem und mittlerem Einkommen mit Ländern mit niedrigem Einkommen vergleicht: Bei ersteren gehen die Geburtenraten stetig zurück, hier bekommen Frauen im Durchschnitt nur 1,5 bzw. 2,2 Kinder. Beide

Geburtenraten sind stabil. Das zeigen Daten der Weltbank. Ganz anders sieht es in Ländern mit niedrigem Einkommen aus: Dort sind die Geburtenraten mit durchschnittlich 4,7 Geburten pro Frau deutlich höher. Je niedriger also das Pro-Kopf-Einkommen, desto höher ist tendenziell auch die Geburtenrate.

Noch deutlicher wird dieser Zusammenhang, wenn man sich anschaut, in welchen Ländern Frauen besonders viele Kinder bekommen. 32 von 36 Ländern mit einer Geburtenrate von vier oder mehr Kindern liegen nach Angaben der Weltbank in Afrika. Die anderen vier Länder sind Afghanistan, Samoa sowie die Marshall- und Salomoneninseln.

DIE NÄCHSTE GENERATION ALS ABSICHERUNG

Ein entscheidender Punkt ist, dass Menschen in armen Ländern in der Regel nicht über ausreichende soziale Sicherungssysteme verfügen. Wenn sie im Alter versorgt sein wollen, brauchen sie Kinder. Die nächste Generation dient als soziale Sicherung. Gleichzeitig führt Armut dazu, dass nicht alle Kinder das Erwachsenenalter erreichen. Ein weiterer Grund für die hohen Geburtenraten liegt darin, dass Frauen noch immer oft im Teenageralter verheiratet werden. Zugang zu Arbeit und Bildung bleibt ihnen verwehrt – und damit auch die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Erst sind es die Familien, dann auch die Ehemänner, die das Leben der meisten Frauen dominieren.

Auch deshalb ist es eine gute Nachricht, dass die Geburtenraten in Afrika langsam sinken. In weiten Teilen des Kontinents wächst die Bevölkerung mittlerweile langsamer als noch vor zehn Jahren. Dank höherer Bildung (wozu auch Sexualerziehung gehört) und gestiegenem Wohlstand können Frauen ein selbstbestimmteres Leben führen – und bekommen folglich weniger Kinder, wie weltweite Statistiken zeigen. Aber auch in säkularen, wohlhabenden Gesellschaften stagniert dieser Trend irgendwann. Keine Gesellschaft möchte ganz ohne Kinder leben.

Aus gutem Grund: Bereits jetzt sind die niedrigen Geburtenraten eine Herausforderung für die Sozialsysteme wohlhabender Länder. Während immer mehr Menschen Rente beziehen oder pflegebedürftig



Verteilung von kostenlosen Kondomen in Südafrika.

werden, rücken weniger junge Menschen im erwerbsfähigen Alter nach. Dabei sind sie es, die in die Sozialsysteme einzahlen und die steigenden Kosten für die Gesundheitsversorgung tragen. Viele Länder reagierten darauf anfangs mit Maßnahmen, die Frauen motivieren sollten, mehr Kinder zu bekommen. Nennenswerten Erfolg hatten sie nicht – weshalb viele Länder dazu übergegangen sind, der wachsenden Kluft durch höhere Renteneintrittsalter und Migration zu begegnen.

Aus globaler Perspektive ist das ein umstrittenes Vorgehen. In ihren Heimatlän-

dern werden die abgeworbenen Menschen auch gebraucht. Gleichzeitig verdienen sie im wohlhabenden Ausland besser und können das Geld an ihre Familien senden – was wiederum die Entwicklung ärmerer Länder vorantreibt. Hinzu kommt, dass ein Teil der Migrant*innen gut ausgebildet in ihre Heimat zurückkehrt.

Ein Deal auf Augenhöhe ist das trotzdem nicht. In der Eurozone verdienen Ausländer im Durchschnitt zwischen 25 und 30 Prozent weniger als Einheimische. 15 Prozent der Haushalte werden dabei nach Zahlen der Europäischen Zentralbank

von Migrant*innen geführt. Zwei Drittel von ihnen kommen von außerhalb der EU. Gleichzeitig zahlen sie mehr Steuern und Sozialabgaben, als sie an staatlichen Leistungen erhalten – und widerlegen damit eine beliebte Behauptung populistischer Politiker*innen.



MAHWISH GUL

ist Beraterin und hat sich auf Entwicklungsmanagement spezialisiert. Sie lebt in Nairobi.

mahwish.gul@gmail.com

Afrikas Geburtenraten sinken langsam

In einkommensschwachen Ländern genießen Familien mit vielen Kindern ein hohes Ansehen. Kinder gelten als zukünftige Ernährer und Altersvorsorge. Es überrascht daher wenig, dass Subsahara-Afrika als ärmste Region der Welt die weltweit höchste Schwangerschaftsrate aufweist. Das geht aus Zahlen des US-amerikanischen Guttmacher-Instituts hervor, das weltweit Daten zur reproduktiven Gesundheit erhebt und auswertet.

Trotz der hohen Bedeutung von Kindern werden Babys längst nicht immer als Segen betrachtet. Die Erhebungen des Guttmacher-Instituts zeigen, dass die Region mit 42 Prozent auch die höchste Rate an ungewollten Schwangerschaften aufweist. Fast 40 Prozent davon werden abgebrochen.

Gleichzeitig hat Subsahara-Afrika auch die höchste Rate an Kinderehen. 35 Prozent der jungen Frauen heiraten vor ihrem 18. Lebensjahr. Experten schätzen, dass sie doppelt so viele Kinder bekommen wie der weltweite Durchschnitt.

Gebärfähige junge Frauen sind besonders häufig von Krankheiten im Zusammenhang mit der Schwangerschaft betroffen, treiben ab oder sterben an den Folgen.

Forschungen im Auftrag der US-amerikanischen Behörde für Entwicklungszusammenarbeit (USAID) bestätigen, dass Kinderehen mit einer schlechten Familienplanung und Gesundheit einhergehen. Und auch ein Aufsatz aus der Zeitschrift „BMC International Health and Human Rights“ berichtet: Frauen, die im Teenageralter heiraten, bekommen achtmal häufiger drei oder mehr Kinder als Altersgenossinnen, die später heiraten.

Mit nur 29 Prozent ist die Verbreitung von Verhütungs-



mitteln weltweit nirgends so gering wie in Subsahara-Afrika. Nicht einmal die Hälfte des Bedarfs wird in der Region gedeckt, und gerade in ländlichen Gebieten und armen Gemeinden mangelt es am meisten daran.

All das zeigt: Die Anliegen der Jugend müssen mehr in den Fokus rücken. Ein besserer Zugang zu Bildung ist elementar und darf sich nicht nur auf Sexualkunde beschränken. Verhütungsmittel müssen leichter zugänglich gemacht werden. Und auch die wirtschaftlichen Bedingungen müssen sich verbessern, damit mehr junge Menschen Arbeit finden.

Ohne solche Investitionen können die afrikanischen Länder ihr Potenzial nicht nutzen, das mit einer jungen Bevölkerung einhergeht. Statt von den Vorteilen dieser Situation zu profitieren, kämpfen sie weiterhin mit Arbeitslosigkeit und Armut.

Mädchen im Teenageralter dürfen nicht zur vorzeitigen Mutterschaft verdammt werden. Anstatt Familien mit vielen bedürftigen Mitgliedern großzuziehen, sollten sie befähigt werden, Arbeit zu finden, Geld zu verdienen, zum wirtschaftlichen Erfolg ihres Landes beizutragen und ihr Schick-

sal selbst zu bestimmen. Denn: Eine hohe Kinderzahl ist nicht nur eine Folge von Armut, sondern auch Ursache dafür.

Die gute Nachricht ist: Die Geburtenraten sinken in mehreren Ländern tatsächlich. In Nigeria etwa bekommen Frauen mittlerweile im Durchschnitt weniger als fünf Kinder. Zwar wächst die Bevölkerung des Landes immer noch rasant und soll sich bis 2060 auf 430 Millionen verdoppeln. Doch frühere Prognosen gingen von einem stärkeren Anstieg aus. Auch in Äthiopien, Ruanda und Guinea liegt die Geburtenrate nur noch leicht über vier. Noch niedriger ist sie im Senegal (3,9) und in Ghana (3,8). Offenbar wirken Maßnahmen einiger religiöser Führer, die Familienplanung unterstützen.

Dabei haben sich Expert*innen lange gefragt, warum das subsaharische Afrika beim demografischen Wandel dem Rest der Welt hinterherhinkt. Ein Grund könnte sein, dass Bildung jahrzehntelang vernachlässigt wurde. In den 1980er und 1990er Jahren reduzierten Regierungen Bildungsprogramme, um Geld zu sparen. Vor allem Mädchen wurde so die Bildung vorenthalten, die sie verdient hätten. MG



Engagement gegen weibliche Genitalverstümmelung (female genital mutilation) in Liberia.

FRAUENRECHTE

„Männer mit einbeziehen“

Mariame Racine Sow, die 1989 aus dem Senegal nach Deutschland kam, engagiert sich seit Jahrzehnten für Frauenrechte. In Frankfurt setzt sie sich mit ihrem Verein Forward for Women für die Beendigung der weiblichen Genitalverstümmelung ein und berät betroffene Migrantinnen. In ihrer senegalesischen Heimat setzt sie sich ebenfalls für Frauengesundheit ein.

Mariame Racine Sow im Interview mit Sabine Balk

Was denken Sie über feministische Entwicklungspolitik?

Es ist ein gut formulierter Begriff, den es aber sinnvoll mit Inhalten zu füllen gilt. Ich arbeite seit Jahren mit entwicklungspolitischen Programmen, und die Strategie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hört sich für mich nicht wirklich neu an. Das BMZ sagt, es will feministische Anliegen in alle Programme integrieren und die patriarchalen Machtstrukturen verändern. Danach streben wir schon seit Jahren. Das gilt auch für das BMZ, und wenn es diese Anliegen

noch stärker betont, ist das gut. Wenn man das Leben der Frauen zum Besseren verändern will, ist es aber nicht sinnvoll, sich nur an Frauen zu richten. Männer mit einbeziehen ist wichtig. Die gesamte relevante Familie muss mitmachen.

Warum?

Die Vorstellung, dass die Frau allein über sich und ihren Körper bestimmt, mag für den europäischen Kulturkreis zutreffen. In afrikanischen oder arabischen Gesellschaften ist dies aber ganz anders. Da bestimmen der Mann, die Schwiegermutter oder die Tanten mit, wann eine Frau Kinder bekommt und wie viele. Die kulturellen Gegebenheiten sind einfach ganz anders, als sie Europäer kennen. Frauen fällen viele Entscheidungen nicht individuell, sondern im Kollektiv. Wenn ich also etwas erreichen will, wie in meinem Fall die Beendigung von weiblicher Genitalverstümmelung, auch Female Genital Mutilation (FGM) genannt, muss ich alle relevanten Akteur*innen davon überzeugen, dass das auch gut für sie ist.

Wie überzeugen Sie Männer und die Gemeinschaften davon, dass FGM nicht gut für sie ist?

Ich brauche jedenfalls nicht mit Menschenrechten zu argumentieren, denn das Konzept verstehen gerade arme Frauen, die kaum zur Schule gegangen sind, nicht. Das Ritual der Beschneidung steckt so tief in der Kultur mancher Volksgruppen, und sie definieren sich darüber. Es ist eine Verbindung zu ihren Ahnen, und das ist in vielen afrikanischen Gesellschaften sehr wichtig. Der Ursprung von FGM ist nicht religiöser oder kultureller Natur, sondern spiritueller. Das Ritual kommt laut Studien aus dem alten Ägypten, wo nur Beschnittene – und das galt gleichermaßen für Frauen wie für Männer – in den Tempel durften. Viele Völker Afrikas, so auch meine Volksgruppe der Fulani, stammen von den Ägyptern ab und wanderten dann über den Kontinent. Die Tradition der Beschneidung hat sich über die Jahrtausende erhalten und wird deshalb von Christentum und Islam praktiziert. Ich muss so argumentieren, dass die Frauen selbst zu dem Schluss kommen, dass sie diese Allianz mit ihren Vorfahren nicht mehr brauchen. Bei meiner Familie hat es funktioniert. Meine Brüder haben irgendwann gesagt, wir wollen das nicht mehr, und so wurde seit 1995 kein Mädchen mehr in meiner Familie beschnitten.

Wie sind Sie zu der Erkenntnis gekommen, dass auch Männer in feministische Politik einbezogen werden müssen?

Ich habe das nie anders gesehen. Das liegt in meiner Natur, so verstehe ich den Umgang der Geschlechter miteinander. Es ist ein gemeinschaftliches Miteinander. Ich glaube, das ist ein Unterschied zwischen afrikanischer und europäischer Mentalität. In Europa sind Männer und Frauen Gegensätze, oft führen sie Krieg. In Afrika legt man viel mehr Wert auf Harmonie, jeder hat seine Rolle in der Gesellschaft, und das wird viel weniger in Frage gestellt als in Europa. Diese Gegebenheiten muss man in den Programmen berücksichtigen. Geschieht dies nicht, kann es leicht zum Scheitern führen.

Haben Sie dafür Beispiele?

Ja, ich kenne ein Programm in Ghana, da hat man Frauen ein Stück Land gegeben, auf dem sie Mais oder Tomaten anbauen konnten. Die Verantwortlichen hatten aber nicht daran gedacht, dass Männer den Transport

der Feldfrüchte zu den Märkten organisieren, und so hatten die Frauen große Schwierigkeiten, ihre Ernte abzutransportieren, und mussten enorme Verluste hinnehmen.

Wie beziehen Sie Männer in Ihre Arbeit für Frauen konkret mit ein?

Ich habe mit meinem Verein Forward for Women das Projekt „Saraba“ ins Leben gerufen, das sich an die afrikanische Diaspora-Community in Frankfurt richtet und auch an Geflüchtete in der ASB-Flüchtlingsunterkunft in Frankfurt-Nied, in der ich arbeite. Es ist ein Programm zur Gewaltprävention. Migrant*innen und Geflüchtete kommen oft aus patriarchalischen Gesellschaften, wo sie vielfach häusliche und auch staatliche Gewalt erlebt haben. Um die Betroffenen zu stärken und zu ermutigen, führt Forward for Women Schulungen und Diskussionsrunden in der Community und auch in Flüchtlingseinrichtungen durch. Dabei arbeiten wir nicht nur mit Frauen, sondern beziehen auch Männer ein, und wir betrachten sie nicht als potenzielle Täter, sondern als Verbündete und als Teil der Lösung.

Aber Männer sind doch in der Regel die Täter...

Ja, das stimmt. Aber ich denke, dass nur gemeinsam mit allen Geschlechtern ein Umdenken zu gewaltfreiem Handeln in der Gesellschaft zu erreichen ist. Männer sollen verstehen, warum ein gewaltfreier Umgang mit Frauen und Kindern ihnen und der ganzen Gesellschaft nutzt. Unser Ziel ist es, dass sich die Betroffenen durch gemeinsames Reflektieren neue Kompetenzen und Lösungsansätze im Umgang mit Konflikten aneignen. Diese Art der Gewaltprävention sehe ich übrigens auch als eine wichtige Voraussetzung, um sich der deutschen Gesellschaft gegenüber zu öffnen. Wir machen ein Angebot speziell für Männer in den Flüchtlingsunterkünften. Diese fühlen sich oft ausgeschlossen. Es gibt kaum Sprachkurse für sie oder andere Gruppenaktivitäten, wie gemeinsames Kaffeetrinken, wo sie zum Beispiel auch mal in Kontakt mit Deutschen kommen.

Es fehlt also an spezifischen Angeboten für Männer?

Ich finde ja. Das Problem ist, dass für Frauenprojekte Geld zur Verfügung steht. Projekte, die sich an Männer richten, will niemand finanzieren. Das gilt besonders für junge Flüchtlinge. Deshalb haben wir

2018 in der Unterkunft in Nied eine Männergruppe gegründet, die sich einmal im Monat trifft und über Geschlechterrollen, Frauenrechte oder Kindererziehung diskutiert. Daraus ist eine Fußballmannschaft entstanden, die sehr aktiv ist und beim Training und Spielen auch deutsche Teams trifft. Nach dem Sport regen wir dann alle Männer an, sich zu Diskussionsrunden zu treffen, um über Identitätsfindung, Geschlechterrollen, Demokratieverständnis und ähnliche Themen zu sprechen. Solche Angebote sind wichtig für die Integration in Deutschland, denn so lernen die Geflüchteten die Regeln und Kultur der Aufnahmegesellschaft kennen. Auch andersherum wäre es gut, wenn Deutsche mehr Gelegenheit hätten, Geflüchtete kennen- und verstehen zu lernen.



MARIAME RACINE SOW
arbeitet als Sozialberaterin in einer Flüchtlingsunterkunft des Arbeiter-Samariter-Bunds in Frankfurt und engagiert

sich in ihrem Verein Forward for Women ehrenamtlich.

mariame.sow@forwardforwomen.org
<https://forwardforwomen.org/>

SHARE YOUR VIEWS ON OUR PLATFORM!

If you have a thought you would like to share on our platform, please get in touch with the editorial office and send us a short proposal of 10 sentences or so in which you outline your main thesis and supporting arguments.

We believe that voices from **Africa, Asia and Latin America** must be heard in global debate. We would like to increase the number of contributions from **Africa and the Arab region**. Therefore, we encourage journalists, civil-society experts and academics in countries concerned to write for us. We are especially interested in **women's point of view**.

Nonetheless, this invitation applies to everyone, regardless of gender or nationality. We need correspondents everywhere, and are keen on closing some evident gaps. We pay a modest financial compensation for articles. If you would like to contribute, please send an e-mail to: euz.editor@dandc.eu.

FRAUEN IN KONFLIKTEN

Männer müssen zur Verantwortung gezogen werden

Frauen werden Opfer in Kriegen und Konflikten, die Männer führen. Männer müssen Verantwortung für ihr Handeln übernehmen – und dafür sorgen, dass Frauenrechte bei politischen Entscheidungen im Vordergrund stehen.

Von Fabio Andrés Díaz Pabón

Männer haben mehr Chancen als Frauen und weniger Risiken – dieser Zustand hat sich im Laufe der Zeit weltweit gefestigt. Das wird am deutlichsten in Zeiten von Gewalt und Krieg. Und gerade dann zeigt sich, dass Männer diese Überlegenheit nicht verdient haben.

Gewaltsame Konflikte betreffen Frauen am meisten. Ihre schon in Friedenszeiten oft missachteten Bedürfnisse zählen im Krieg noch weniger. Wird im Krieg das Essen knapp, hungern Frauen als Erste. Sexualisierte Gewalt ist eine Kriegsstrategie. Männer, die behaupten, Kriege würden auch für die Rechte der Frauen geführt, werden oft selbst zu Tätern.

Heute sterben eher Frauen im Krieg als Männer – trotz moderner Waffen. Fernlenk Waffen etwa sind nicht gendersensibel, und sie werden oft eingesetzt, um zivile Zonen anzugreifen. Laut UN Women sind aktuell 90 Prozent der Kriegsopfer Zivilisten – meist Frauen und Kinder. Vor hundert Jahren waren 90 Prozent der Opfer Soldaten.

Aber nicht nur Kriege sind gefährlich für Frauen; auch häusliche Gewalt ist weltweit ein tödliches Phänomen (siehe Kasten).

Bei Friedensgesprächen haben Frauen ebenfalls wenig zu sagen. Verträge werden meist ohne weibliches Zutun abgeschlossen. Frauen sind unterrepräsentiert bei friedenserhaltenden Maßnahmen, diplomatischen Verfahren und in Dokumenten, die aus erfolgreichen Friedensgesprächen hervorgehen. Ihre Rolle beschränkt sich oft auf organisatorische Aufgaben. Eine flüchtige Bilderrecherche zeigt: Bei der Unter-

zeichnung von Friedensabkommen fehlen Frauen weitgehend.

Dabei ist es schlichtweg dumm, Frauen auszuschließen. Laut der US-amerikanischen Denkfabrik Council on Foreign Relations (CFR) flammt ein Krieg weniger wahrscheinlich wieder auf, wenn Frauen an Verhandlungen und friedenserhaltenden

Bedürfnisse lokaler Gemeinschaften besser zu verstehen. Etwas mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung sind Frauen. Entwicklungsinitiativen und Friedenskonsolidierung funktionieren durch ihr Zutun besser.

Ohne die Erfahrungen, Ideen und das Wissen von Frauen können Konflikte nicht langfristig gelöst werden. Länder mit starkem Fokus auf Gendergerechtigkeit sind weniger konfliktanfällig und zugleich gleichberechtigter und integrativer bezüglich ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe oder Glauben.

Es gibt Hoffnung, dass das den männlichen Entscheidungsträgern klarer wird. Das Bewusstsein für Genderfragen wächst, und Frauen spielen in Friedensprozessen eine zunehmende Rolle.



Eine Sudanerin in einem Flüchtlingslager in der Tschad-Wüste.

Maßnahmen teilgenommen haben. Vereinbarungen funktionieren laut UN Women um 64 Prozent eher, wenn Frauen und zivilgesellschaftliche Organisationen an Friedensgesprächen beteiligt sind.

FRAUEN WERDEN FÜR DEN FRIEDEN GEBRAUCHT

Frauen müssen gehört werden und mit am Tisch sitzen, damit Konfliktursachen verstanden werden können. Das hilft auch,

Gendergerechtigkeit wird also in der Außen- und Entwicklungspolitik bedeutsamer. Das ist gut, birgt aber das Risiko der Oberflächlichkeit. Es reicht nicht, eine Feminismusliste abzuhaken. Projekte mit Genderschwerpunkt können reine Augenscheinerei sein, um mehr Mittel zu erhalten.

Verantwortliche müssen sicherstellen, dass Frauenrechte nicht nur im Vorfeld von Finanzierungsentscheidungen propagiert, sondern auch umgesetzt werden. Wir müssen uns von der Idee lösen, dass ein

Plakat mit starken Frauen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern beseitigt oder dass eine einzige Initiative mit Alibifrauen die Hälfte der Weltbevölkerung stärkt.

Auch Intersektionalität ist wichtig, wird aber oft übersehen. Viele Frauen sind nicht nur wegen ihres Geschlechts benachteiligt. Oft dienen weiße und privilegierte Frauen als Beispiele für weibliches Empowerment. Dabei geht es nicht nur um Hautfarbe: Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, und Šekha Hāsinā, Bangladeschs Premierministerin, sind Töchter einflussreicher Politiker und keine Repräsentantinnen marginalisierter Frauen.

MÄNNER WERDEN FÜR DIE FEMINISTISCHE AGENDA GEBRAUCHT

Eine ehrliche Unterstützung von Frauen bedeutet, sie dauerhaft in alle Lebensbereiche einzubeziehen – insbesondere in Friedensprozesse und Konfliktprävention. Dahingehende Bemühungen können ih-

nen nicht einfach selbst überlassen werden. Wir Männer können nicht erwarten, dass die Hauptopfer zugleich selbstbewusste Verhandlerinnen, Friedensvermittlerinnen und Heilerinnen sind.

Oft heißt es, Gendergerechtigkeit sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – aber das trifft nicht den Punkt. Frauen werden marginalisiert, weil gesellschaftliche Institutionen so funktionieren, dass noch immer meist Männer die Macht haben. Die Unterdrückung der Frauen ist sozial konstruiert. Wir, die Männer, haben am meisten zu diesem Konstrukt beigetragen – also müssen wir es auch dekonstruieren.

Wir Männer haben die Pflicht, Frauen zuzuhören und sie ernst zu nehmen. Wenn sie von Angriffen und Diskriminierung berichten, haben wir kein Recht, sie zu ignorieren oder – noch schlimmer – ihnen die Schuld für ihre Viktimisierung zu geben, wie es oft geschieht.

Meist sind wir verantwortlich für Angriffe auf sie, für Systeme, die sie unterdrü-

cken, oder Konflikte, die ihr Leben zerstören. Es ist unsere moralische Pflicht, sie zu unterstützen. Ansonsten machen wir uns mitschuldig an der Gewalt.

Männer müssen aktiv Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Wir müssen genderspezifische Ungerechtigkeit erkennen und angehen. Wir müssen gesellschaftliche Strukturen in Frage stellen, die uns Männer in allen Bereichen direkt begünstigen. Indem wir Feminismus unterstützen, werden wir Männer unserer Verantwortung für eine gleichberechtigte Zukunft gerecht.



FABIO ANDRÉS DÍAZ PABÓN
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter am African Centre
of Excellence for Inequality
Research (ACEIR) an der

Universität Kapstadt und beschäftigt sich mit nachhaltiger Entwicklung und der African 2063 Agenda.

fabioandres.diazpabon@uct.ac.za

Der unsichtbare Krieg

2020 wurden laut Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) weltweit etwa 47000 Frauen und Mädchen von Partnern oder anderen Familienmitgliedern getötet. Ein

Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeigt zudem, dass eine von drei Frauen im Laufe ihres Lebens körperliche oder sexuelle Gewalt erfährt. Täter sind oft Intimpartner. Die Zahlen zeigen, dass nicht nur

öffentliche Kriege und Unruhen für Frauen verheerend sind (siehe Haupttext). Gegen Frauen wird in ihrem Zuhause und in ihrem privatesten Bereich Krieg geführt. Das Ausmaß ist nicht dokumentiert, aber es gibt ähnlich viele Todesfälle durch häusliche Gewalt wie durch bewaffnete Konflikte.

Ein Weltbank-Bericht belegt, dass 35 Prozent aller Frauen eine Form von häuslicher Gewalt erleben.

Gewalt kommt in allen Kulturen vor, unabhängig von Religion oder BIP. Gewiss sind mancherorts patriarchalische Strukturen stärker ausgeprägt, und Frauen sind im Krieg gefährdeter als in Friedenszeiten. Aber weltweit werden Frauen missbraucht, täglich werden ihre Rechte verletzt – in den USA, Deutschland und Kolumbien ebenso wie in Myanmar, Nigeria und Afghanistan.

Diese Realität darf nicht ignoriert werden. In der Sexual-

erziehung müssen Jugendliche lernen, sexualisierte Gewalt zu verhindern, darauf zu reagieren und gewaltfreie Beziehungen zu führen. Regierungen und Zivilgesellschaft müssen handeln. Ohne nachhaltige Gendergerechtigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch in den privatesten, ist das fünfte UN-Nachhaltigkeitsziel – die Gleichstellung der Geschlechter – nicht zu erreichen.

Chilenische Feministinnen schrieben vor ein paar Jahren ein Lied namens „El violador eres tú“ (Der Vergewaltiger bist Du). Meist wird es mit „Ein Vergewaltiger auf deinem Weg“ falsch übersetzt – womöglich, um die harte gesellschaftliche Anklage abzuschwächen.

Ihr Lied begann so:
„Das Patriarchat ist ein Richter, der uns dafür verurteilt, dass wir geboren wurden, und unsere Strafe ist die Gewalt, die ihr nicht seht [sehen wollt].“ FP



Frauen protestieren gegen Femizide in Mexiko-Stadt.



Delfina Gómez, erste Gouverneurin von Edomex, mit Präsident Andrés Manuel López Obrador.

SOZIALER WANDEL

Frauenrechte trotz Machismo

Mit der Geschlechter-Gleichstellung geht es in Mexiko voran – aber noch recht langsam. Die Politik rühmt sich ihrer Leistungen, obwohl sie kaum etwas aus eigener Überzeugung heraus umsetzt. Nur auf Druck internationaler Organisationen und der Frauenbewegung hin kommen Veränderungen in Gang.

Von Virginia Mercado

Die Zahlen klingen gut: Die Regierung von Präsident Andrés Manuel López Obrador rühmt sich damit, Frauen in öffentlichen Ämtern, in der Regierung und im Kongress zu fördern. Und tatsächlich ist der Frauenanteil in Politik und Verwaltung deutlich höher als früher.

In diesem Jahr wurde im bevölkerungsreichsten Bundesstaat, der seinerseits México heißt und die gleichnamige Hauptstadt umgibt, gewählt. Erstmals gab es zwei Spitzenkandidatinnen. Die Siegerin gehört zur Mitte-links-Partei Morena von López Obrador. Delfina Gómez wird nun die erste Gouverneurin von Edomex, wie der Estado de México gern abgekürzt wird. Der Nationalstaat heißt offiziell Estados Unidos Mexicanos (Vereinigte Mexikanische Staaten).

Zehn der 32 Bundesstaaten werden nun von Frauen regiert. Zudem sind derzeit acht der 19 Bundesministerien weiblich besetzt. Derweil sind nur 525 Bürgermeisterämter in der Hand von Frauen, während 1486 von Männern geführt werden.

Diese Zahlen können – und sollten – als Fortschritt verstanden werden. Dennoch kommt das Land in Sachen Gleichberechtigung nur recht langsam voran und ist vom Ziel noch weit entfernt. Die Politik nimmt sich des Themas an – tut das aber vor allem auf Drängen internationaler Organisationen und feministischer Gruppen hin und nicht so sehr aus wirklicher Überzeugung. Viele Politiker beherrschen den feministischen Diskurs rhetorisch gut, weil das politisch nützlich ist und Frauen nun mal auch wählen. Am Ende setzen die meisten aber kaum etwas praktisch um.

Machohaft oder offen frauenfeindliche Gepflogenheiten halten sich dagegen hartnäckig. Im öffentlichen Dienst werden immer wieder Fälle von Vorgesetzten bekannt, die sich zwar auf dem Papier dem Gender Mainstreaming verschrieben haben, dann aber keinen Mutterschaftsurlaub akzeptieren, Beschwerden über sexuelle

Übergriffe ignorieren oder – schlimmer noch – selbst Frauen belästigen. Es kommt vor, dass Politiker oder Staatsbedienstete öffentlich für Genderngleichstellung eintreten, weil es so von ihnen verlangt wird. Gleichzeitig aber spielen sie die Leistungen und die Würde von Frauen beispielsweise in den sozialen Medien systematisch herunter. Es gibt auch nicht wenige Meldungen über Sicherheitskräfte, die in ihren Familien selbst Gewalt ausüben.

Die Kultur des Machismo trägt ihren Teil dazu bei. Das toxische Verständnis von Männlichkeit führt zu Gewalt gegen Frauen. Sie ist aber seit Jahrhunderten in den Sitten und Gebräuchen verankert und wird oft nicht wahrgenommen. International hat Mexiko wegen häufiger Frauenmorde (Femizide) aber einen angeschlagenen Ruf.

Anlässlich des internationalen Frauentags am 8. März 2023 erklärte Präsident López Obrador, die „vierte Transformation“, wie er seine aktuelle Amtszeit nennt, sei feministisch. Was davon zu halten ist, muss sich noch zeigen. Angesichts der wütenden Forderungen der Demonstrierenden kann es schnell passieren, dass er die Feministinnen doch noch zu Gegnerinnen erklärt. Gut möglich, dass er ihnen vorwirft, sie wollten seine Regierung diskreditieren, um davon abzulenken, dass er legitime Forderungen ignoriert. Ungeachtet seiner großen Worte sind Frauenmorde Teil des Alltags. Die Täter bleiben weitgehend straffrei, denn die Strafverfolgung bleibt trotz verschiedener Reformen ineffizient und nachlässig (siehe Box).

DRUCK INTERNATIONALER ORGANISATIONEN

Tatsächlich sind die meisten Fortschritte im Bereich Frauenrechte internationalen Abkommen und Organisationen wie der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte zu verdanken. Institutionen wie UN Women, UNICEF und ECLAC (die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika), aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen wie Save the Children beschreiben in regelmäßigen Berichten die Situation in Bezug auf Kindesmissbrauch, Menschenhandel, Kinderheirat, Arbeitsdiskriminierung und andere Formen von Gewalt. Das zeigt, dass feministische Anliegen, die international vorangebracht werden, durchaus Konsequenzen im Alltag haben.

Ein wichtiger Schritt war kürzlich die Änderung des Unterhaltsgesetzes. Elternteil-

le, die keinen Unterhalt für ihre Kinder zahlen, sollen in einem Register erfasst werden. So sollen die Rechte minderjähriger Kinder geschützt werden. Die Maßnahme begünstigt aber auch Mütter, die allein für Erziehung und Unterhalt aufkommen müssen.

Die Frauenbewegung nutzt mittlerweile den Weltfrauentag regelmäßig, um Themen öffentlich zu betonen, die über geschlechtsspezifische Gewalt hinausgehen. Staatliche Stellen reagieren darauf.

In diesem Jahr etwa kündigte das Nationale Fraueninstitut (Inmujeres – Instituto Nacional de las Mujeres) an, sich stärker für Technologiebildung für Mädchen einzusetzen. Zuvor hatten die UN auf die „Bedeutung einer vollen, gleichberechtigten und sinnvollen Beteiligung und Führung von Frauen und Mädchen in Wissenschaft,

Technologie und Innovation“ hingewiesen. In Mexiko sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt immer noch groß.

Auch um reproduktive Rechte haben sich feministische Organisationen in den vergangenen zehn Jahren stärker gekümmert. Ein Resultat sind staatliche Bemühungen, die hohe Zahl von Teenagerschwangerschaften zu reduzieren.

Das Oberste Gericht hat 2021 entschieden, dass das alte pauschale Abtreibungsverbot verfassungswidrig war. Schwangerschaftsabbrüche sind nun generell zulässig, wenn eine Vergewaltigung die Ursache war, das Leben der Mutter in Gefahr ist oder das Kind eine genetische Missbildung hat. In fünf Bundesstaaten ist Abtreibung in den ersten 12 Wochen auch aus anderen Gründen erlaubt.

Trotz aller Schwierigkeiten haben sich in Mexiko feministische Gruppen und zahlreiche öffentliche Einrichtungen der Geschlechtergleichheit, dem 5. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (SDG – Sustainable Development Goal), verschrieben. Auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen werden Maßnahmen umgesetzt, die auf mehr Gendergerechtigkeit abzielen – oder zumindest den Eindruck erwecken, das zu tun.



VIRGINIA MERCADO
ist Wissenschaftlerin an der
Universidad Autónoma del
Estado de México und
Lehrkraft für Friedens- und

Entwicklungsstudien.
virmercado@yahoo.com.mx

Femizide und Feminismus

Frauenmorde haben Mexiko traurige internationale Berühmtheit verschafft. Seit den 1990er Jahren wird über ihre Häufigkeit etwa in Ciudad Juárez, einer Stadt an der Grenze zu den USA, diskutiert. Staatliche Institutionen reagieren nur langsam auf das Phänomen.

Im Jahr 2001 erregte ein Leichenfund internationales Aufsehen. Daraufhin verabschiedete die Regierung das Dekret zur Gründung von Inmujeres (Instituto Nacional de las Mujeres – Nationales Fraueninstitut). Es untersteht dem Präsidenten und hat die Aufgabe, Bedingungen zu fördern, „die Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit und Gleichbehandlung zwischen den Geschlechtern ermöglichen“.

Die Todesfälle in Ciudad Juárez waren es auch, die den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte auf den Plan riefen. Dessen international beachtetes Urteil im Fall „Campo Algodonero“

aus dem Jahr 2009 legte die Ineffizienz des Justizsystems und das mangelnde Verantwortungsgefühl der Behörden bei geschlechtsspezifischen Straftaten offen. Auf das Urteil hin erstellte die Regierung Aktionspläne, zahlte Wiedergutmachungen, ließ öffentliche Entschuldigungen verlautbaren und trieb Gesetzesänderungen voran. Unter anderem schrieb das Urteil Schulungen für Staatsbedienstete vor, die

mit Verbrechen gegen Frauen – wie häuslicher Gewalt, sexueller Gewalt oder Frauenmorden – zu tun haben.

Es gibt bisher keine Studien darüber, inwieweit diese Maßnahme die Denkweise der Beamten beeinflusst hat. Allerdings wurden in der Folge mehr Mittel für Schutzeinrichtungen für Frauen bereitgestellt. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Zahl der kommunalen Einrichtungen für Frauen und der staatlichen Frauensekretariate gestiegen. Die Zahl der Frauenrechtszentren wuchs auf 65. Zudem gibt es heute mehr auf

geschlechtsspezifische Gewalt spezialisierte Staatsanwaltschaften.

Einem besonders hohen Gewaltisiko sind Migrantinnen ausgesetzt, die Mexiko auf dem Weg in die USA durchqueren. Andere Länder in Mittel- und Südamerika haben ebenfalls hohe Femizidraten. In Honduras, El Salvador und Bolivien ist sie sogar noch höher als in Mexiko. Armut, organisierte Kriminalität und Drogenhandel tragen zu den Problemen bei.

Unter Präsident Andrés Manuel López Obrador geht die Zahl der Morde in Mexiko insgesamt tendenziell, aber langsam zurück (der Weltbank zufolge von 29 pro 100 000 Einwohner*innen im Jahr 2019 auf zuletzt 28 pro 100 000). Die Zahl der Femizide hat sich aber im vergangenen Jahrzehnt laut amtlichen Zahlen verdoppelt. 2021 gab es 0,8 Fälle pro 100 000 Menschen. Das mag vergleichsweise gering erscheinen – aber es trifft die Opfer meist in ihrer Privatsphäre, in der sie sich eigentlich sicher fühlen sollten. VM



Andenken an ein Femizid-Opfer.



Protest gegen geschlechtsspezifische Gewalt im New Yorker Washington Square Park.

FEMINISTISCHE ENTWICKLUNGSTHEORIE

Feministische Entwicklungspolitik für inklusivere Gesellschaftsverträge

Deutschlands feministische Entwicklungspolitik gibt einen neuen Impuls für gerechtere und inklusivere Gesellschaften weltweit. Wenn die Akteure internationaler Zusammenarbeit Rechte, Ressourcen und Repräsentation aus der Perspektive eines Gesellschaftsvertrags betrachten, können sie Projekte für mehr Geschlechtergerechtigkeit so gestalten, dass sie ihr volles transformatives Potenzial ausschöpfen.

Von Tina Zintl

Am 1. März 2023 haben das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

und Entwicklung (BMZ) und das Auswärtige Amt gemeinsam ihre Strategien für eine feministische Entwicklungspolitik und eine feministische Außenpolitik bekannt gegeben. Ziel ist eine geschlechtersensible und transformative Politik.

Um das transformative Potenzial feministischer Strategien voll auszuschöpfen, braucht es mehr als Rhetorik und eine reine Akzentuierung des „Leave No One Behind“-Paradigmas. Entwicklungsorganisationen haben die einmalige Chance, mit feministischer Entwicklungspolitik einen umfassenden und tiefgreifenden Wandel anzustoßen, um strukturelle Ungleichheiten zu beseiti-

gen und unterdrückende Machtdynamiken abzubauen. Das BMZ hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis 2025 93 Prozent der Projektmittel für Vorhaben zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter aufzuwenden.

Deutschlands feministische Entwicklungspolitik orientiert sich an zwei Leitprinzipien:

- **Intersektionalität:** Sie zielt darauf ab, die Situation von „Frauen und marginalisierten Gruppen in ihrer ganzen Vielfalt“ zu verbessern. Die Strategie erkennt an, dass eine Person auf verschiedene Weisen und aufgrund einer Kombination ihrer individuellen Merkmale, wie ethnischer oder religiöser Identität, sexueller Orientierung, sozio-ökonomischem Hintergrund oder Herkunft aus ländlichen Regionen, benachteiligt sein kann. Weibliche Geflüchtete können etwa sowohl aufgrund ihres Geschlechts als auch ihrer Migrationserfahrung stigmatisiert werden.
- **Postkolonialismus:** Der postkoloniale Anspruch der Strategie zielt darauf ab, festgefahrene Machtstrukturen kritisch zu reflektieren und zum Abbau von Ungleichbehandlung aufgrund patriarchaler oder rassistischer Machtverhältnisse beizutragen.

Schwerpunkte der Strategie sind die „drei Rs“ und entsprechende Maßnahmen:

- Die Rechte von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen müssen geschützt werden, indem diskriminierende Gesetze durch geschlechtergerechte Gesetze ersetzt und deren Umsetzung unterstützt wird. Dazu gehören sexuelle und reproduktive Rechte, Gewaltprävention, Menschenrechte, Landrechte oder digitale Rechte sowie das Recht auf Gesundheitsdienste, Bildung und wirtschaftliche Chancen.
- Ressourcen müssen für alle Geschlechter gleichermaßen zugänglich und beherrschbar sein. Dazu gehören der Zugang zu Bildung, Arbeitsmärkten, Finanzsystemen und -mitteln, Land, digitalen Technologien, sozialem Schutz, Gesundheits- und Sanitärversorgung sowie Schutz vor Klimarisiken und Ernährungsunsicherheit.
- Repräsentation meint die gleichberechtigte und maßgebliche Teilhabe von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen an wichtigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen. Sie reichen von

Planungs- und Budgetentscheidungen in Wirtschafts- und Steuersystemen bis hin zur gleichberechtigten Teilhabe an Friedensprozessen und einer stärkeren Rolle von Frauen bei der Entwicklung und Nutzung digitaler Technologien.

Die Strategie kommt zur rechten Zeit und ist dringend nötig – aber auch viel verlangt. Es ist schwierig, die zugrunde liegenden Machtungleichgewichte zu erkennen, geschweige denn sie abzubauen. Die „drei Rs“ listen viele gute Dinge auf, die nicht unbedingt miteinander einhergehen. Deshalb muss priorisiert werden. Gleichzeitig gibt es keine Prioritätensetzung, die alle Interessen und lokalen Bedingungen einbeziehen kann.

Das Konzept des Gesellschaftsvertrags kann hier nützlich sein. Es hilft, zu verstehen, welche Rechte und Pflichten verschiedene Gruppen in einer Gesellschaft haben und wie Machtdynamiken oder aber Kompromisse entstehen. Es zeigt auch, dass Regierungen ihren Bürger*innen Güter und Dienstleistungen bereitstellen, um als legitime Autorität anerkannt zu werden. Gesellschaftsverträge schaffen stabile Staats-Gesellschafts-Beziehungen, indem sie dafür sorgen, dass Regierung und Gesellschaft nicht ständig neu über die Bedingungen ihrer Interaktion verhandeln müssen.

Ob Gesellschaftsverträge das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft berechenbarer, belastbarer und gerechter machen, hängt davon ab, wer Anspruch auf welche Güter und Dienstleistungen hat. Laut Forscher*innen des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) können diese Güter und Dienstleistungen als „drei Ps“ kategorisiert werden. Diese „drei Ps“ ähneln den „drei Rs“ der feministischen Politik und können helfen, Prioritäten zu setzen:

- Beim Schutz (protection) wird unterschieden zwischen kollektiver Sicherheit (etwa gegen Bedrohungen von außen), menschlicher Sicherheit (etwa gegen physische Bedrohungen oder kriminelle Handlungen) und Rechtssicherheit (Durchsetzung von Menschen- und Bürger*innenrechten, Rechtsstaatlichkeit).
- Bereitstellung (provision) beschreibt grundlegende öffentliche Dienstleistungen, insbesondere den Zugang zu Ressourcen, Infrastruktur, sozialer Sicherheit und wirtschaftlichen Chancen.
- Beteiligung (participation) meint die Bereitschaft des Staates, seinen

Bürger*innen in politischen Entscheidungsprozessen auf verschiedenen Ebenen eine Stimme zu verleihen.

REGIERUNGEN VERNACHLÄSSIGEN IHRE PFLICHTEN

Idealerweise kommen Regierungen ihrer Verantwortung nach und stellen allen Bürger*innen alle drei Ps bereit. Häufig kommen sie jedoch einer oder mehrerer dieser Pflichten nicht nach. Grund dafür können Haushaltszwänge sein, zum Beispiel wenn die Kosten für allgemeine Gesundheitsversorgung zu hoch sind. Auch politische Überlegungen spielen eine Rolle. Manche Autokratien priorisieren Sicherheit und Dienstleistungserbringung, erwarten von ihren Bürger*innen aber, dass sie dafür auf ihre Rechte auf Mitbestimmung und Rechtsschutz verzichten. Manchmal werden allen Bürger*innen Rechte verweigert, manchmal werden Gruppen gegeneinander ausgespielt, sodass einige mehr Rechte erhalten als andere.

Frauen sind besonders häufig benachteiligt, wie zuletzt die Covid-19-Pandemie gezeigt hat. Sie mussten bei vorübergehenden Schul- und Kindertageseinrichtungen die zusätzliche Betreuungsarbeit leisten (d.h. weniger Bereitstellung / provision durch den Staat). Außerdem sind die Beschäftigungsverhältnisse von Frauen häufig prekärer, sie haben weniger Rechte als Arbeitnehmer*innen und sind stärker gefährdet, ihren Arbeitsplatz zu verlieren (d.h. weniger Schutz / protection).

Entwicklungsakteure sollten die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft und die sich wandelnden Gesellschaftsverträge berücksichtigen. So können sie erkennen, welche Themen in einem bestimmten Kontext am umstrittensten sind und welche Rechte, Ressourcen und repräsentative Positionen für bestimmte Gruppen derzeit nicht zugänglich sind. Entscheidungsträger*innen können so auch besser verstehen, welche Entwicklungsmaßnahmen transformativ sind und später nicht einfach rückgängig gemacht werden können.

Durch die Berücksichtigung von Gesellschaftsverträgen kann die Entwicklungsgemeinschaft geschlechtersensible Politik besser fördern. Zum Beispiel hilft das Konzept zu verstehen, dass eine höhere Zahl von Frauen in den Entscheidungs-

mien eines Landes nicht unbedingt zu einem transformativen Wandel führt. Wenn die gewählten Frauen Teil einer seit langem privilegierten Elite sind, könnten sich bestehende Machtungleichgewichte sogar verstärken.

Für eine inklusive Entwicklung braucht es Allianzen, nicht nur mit feministischen Organisationen, sondern innerhalb der gesamten Gesellschaft. Es ist wichtig, auch Männer, ethnische Führer oder religiöse Eliten einzubeziehen, um ihre Interessen und Vorbehalte zu verstehen. Darauf sollten Entwicklungsakteure bei der Auswahl ihrer Kooperationspartner und Zielgruppen achten. Feministische Politik braucht Vorbilder, mit denen sich Frauen und andere marginalisierte Gruppen wirklich identifizieren können.

Angesichts von Krisen und künftigen Herausforderungen wie Anpassung an den Klimawandel oder Digitalisierung ist eine feministische Politik für eine wirklich transformative und inklusive Entwicklung notwendiger denn je. Die Formulierung der feministischen Strategie war ein Schritt in die richtige Richtung. Jetzt müssen innovative und wirksame Ansätze gefunden werden, um sie gerecht und nachhaltig umzusetzen.

LITERATUR

BMZ, 2023: Feministische Entwicklungspolitik. Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit.

<https://www.bmz.de/resource/blob/146200/strategie-feministische-entwicklungspolitik.pdf>

Loewe, M., Trautner, B., und Zintl, T., 2019: Der Gesellschaftsvertrag: Ein Analyseinstrument nicht nur für Länder im Nahen Osten und in Nordafrika (MENA). Bonn, German Development Institute/Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

<https://doi.org/10.23661/as13.2019>

Friesen, I., und Wisskirchen, A., 2022: Ten recommendations for Germany's feminist development policy. Bonn, German Institute of Development and Sustainability (IDOS).

https://www.idos-research.de/uploads/media/DP_17.2022.pdf



TINA ZINTL
ist Senior Researcher am
German Institute of
Development and
Sustainability (IDOS).

tina.zintl@idos-research.de

Wo Datensysteme miteinander verknüpft werden, können Menschen mit Behinderungen passendere Jobangebote erhalten.

Seite 11

